

Die „Stimme“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar u. Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 49.

Die achtspaltige Konvaleszenzliste über deren Raum kostet 3.— M. einschließlich Erwerbungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. neu pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

STIMME

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wirth über das Steuerprogramm der Regierung

Die gestrige Reichstags-Sitzung brachte die lange angekündigte Rede des Reichsfinanzministers Wirth über das neue Steuerprogramm der Regierung. Da man wußte, daß die Steuervorlagen in ihren Einzelheiten noch nicht fertig sind, und daß auch die Beratungen im Kabinett über die allgemeinen Grundsätze des Programms, die erst in den allerletzten Tagen beendet worden sind, starke Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, so war man auch darauf gefaßt, daß die Rede Wirths nicht auf alle von der Öffentlichkeit mit Spannung erwarteten Fragen erschöpfende und einwandfreie Antworten geben würde.

Das ist eingetroffen. Waren auch die Darlegungen Wirths in manchen Punkten bestimmter als in der Programmrede der Regierung am 1. Juni, so ließen sie doch in der für die Arbeiterklasse entscheidenden Frage deutlich erkennen, daß starke Bestrebungen am Werke sind, unter allerlei Vorwänden die Verschlebung des Weges zu erschweren, durch den allein die Aufbringung der großen Mittel möglich ist, die zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt und zur Erfüllung der Reparationsleistungen notwendig sind.

Die Erfahrungen mit der Steuererhebung der letzten zwei Jahre haben deutlich gezeigt, daß unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen, insbesondere bei steigender Geldentwertung die Form der Erhebung der Steuern durchaus nicht entscheidend ist für die Tatsache, wer die Lasten zu tragen hat. Alle Steuern werden aus dem Arbeitsertrag bestritten. Aber selbst diejenigen Steuern, die als Besitzsteuern gedacht waren, und die einen Teil des erzeugten Mehrwertes erfassen sollten, haben die ungeheure Vermögenszusammenballung auf der einen und die zunehmende Verelendung der Massen auf der anderen Seite nicht zu verhindern vermocht.

Angeht es dieser Tatsache ist eine Abkehr von den bisherigen Wegen der Steuererhebung unerlässlich. Schranken Verbrauchssteuern den Bedarf umso mehr ein, je höher die Steuerlast und je allgemeiner der Verbrauch des besteuerten Gegenstandes, so leiden die bisherigen Besitzsteuern unter der ungeheuren Mannigfaltigkeit der Hinterziehungen und Abwälzungsmöglichkeiten. Bei der Größe des Finanzbedarfs des Reiches bleibt deshalb gegenwärtig kein anderer Weg, als die Besteuerung derjenigen Werte, deren Besitzer von der Geldentwertung dauernd ungeheure Vorteile gezogen haben. Der von dem Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Plan auf Erfassung der Goldwerte, der von den bürgerlichen Rednern als das Schreckgespenst der völligen Konfiskation der Vermögen hingestellt wurde, erscheint uns deshalb, wie Crispian ausdrücklich hervorhob, als der Weg, der bis zur Durchföhrung der Sozialisierung der Produktionsmittel die beste Möglichkeit für die Heranziehung der leistungsfähigsten Kreise bietet.

In dem Programm der Regierung erscheint dieser Plan leider gegenwärtig an die letzte Stelle gedrängt. Statt dessen hat der Reichsfinanzminister Wirth die Absicht der Beteiligung des Reiches an den größeren Unternehmungen kundgegeben. So sehr dieser Plan die Möglichkeit bietet, einen Teil der ungeheuren Gewinne der Produzenten für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, so wenig ist er vor Umgehungsmöglichkeiten geschützt. Wir vermögen auch den Ausbau des Notopfers, der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer nicht als einen ausreichenden Ersatz für die Erfassung der Goldwerte anzusehen, denn der tatsächliche Eingang aus diesen Steuern wird immer weit hinter dem notwendigen Bedarf zurückbleiben, die Abwälzbarkeit und die Hinterziehung auch nicht ausschließen, so daß der Anreiz zur Erhebung von Verbrauchssteuern dauernd wach bleibt. Das aber würde gerade dem von dem Reichsfinanzminister Wirth betonten Schutz der Arbeitskraft außerordentlich widersprechen und dauernde Kämpfe und Erschütterungen des Wirtschaftslebens heraufbeschwören.

Trotzdem das Programm der Regierung also weit hinter dem zurückbleibt, was die besthohlenen Schichten von ihm erwartet hatten, begann der streberische Vertreter der Geldinteressen der Besitzenden, Helfferich, seine Rede mit einer Provokation, die alles, was dieser Agent provocateur dessen Auftreten allein genügt, um die nationalistischen Strömungen im Auslande zu stärken, wagte es, der Regierung den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, daß sie in der Frage der Sanktionen und Oberschließens nicht genügend scharf aufgetreten sei.

Minutenlange Entrüstung verhinderte ihn am Weiterreden, Entrüstung, die dem jehnsüchtigen Wünsche entsprang, das deutsche Volk vor der ungeheuren Schädigung zu bewahren, die das Auftreten dieses Mannes erneut nach sich ziehen muß. Erst als Helfferich durch den geschlossenen Widerstand aller drei sozialistischen Parteien müde war und mildere Töne anschlug, konnte er weiterreden. Mit der eigenen Dialektik bewies er nun die Undurchführbarkeit des Ultimatums, schlussfolgerte daraus die Unmöglichkeit der Durchführung der Finanzpläne der Regierung, trat dann aber ab, ohne gesagt zu haben, welche Wege er dann

gehen will. Folgte der volksparteiliche Redner Dr. Beder auch nicht ganz den Spuren Helfferichs, so zeigte doch seine Bemerkung, daß auch die Lohn- und Gehaltsempfänger Steuern hinterziehen (1), von der Virtuosität, mit der die Klappflöcher der Kapitalisten die Geschäfte der kapitalträchtigsten Steuerzahler betreiben.

Die Rechte kam indes in der gestrigen Debatte doch nicht ganz auf ihre Kosten. Keil und Crispian gaben Helfferich und Beder die verdiente Antwort. Sie bedient die turmhohe Schuld Helfferichs an dem Zusammenbruch und dem Finanzelend auf. Crispian insbesondere umriß scharf die Stellungnahme der Unabhängigen Fraktion zu den Steuerplänen, forderte die Erfassung der Goldwerte und kündigte den schärfsten Kampf gegen die Kapitalisten an, die sich den Lasten zu entziehen suchen, die durch ihre Schuld entstanden sind.

Sitzungsbericht

Mittwoch, den 6. Juli.

Präsident Lohé eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Die Gesetzentwürfe betreffend das deutsch-belgische Abkommen, die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes werden in allen drei Lesungen debattelos erledigt. Der Gesetzentwurf betreffend Beamtenvertretung wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Zum Gesetzentwurf betreffend Neuregelung der Gehaltsgrenzen, innerhalb denen den Angestellten und Handlungsgehilfen ein bestimmter sozialer Schutz gewährt wird, stimmt der Reichstag in zweiter und dritter Lesung einem Antrage des Ausschusses zu, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Regierung baldigst einen Entwurf über die Regelung des Betriebsrisikos für die technischen Angestellten vorlegt und den Entwurf selbst endgültig verabschiedet. Der Gesetzentwurf über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung wird nach längerer Debatte in zweiter Lesung verabschiedet. Die Abgeordneten Karsten (U. S. V.) und Aufhäuser (U. S. V.) veruchten, eine Reihe von Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen, so z. B. den Reichszuschuß für Rentner zu erhöhen von 600 M. auf 2400 M., sowie die Bestimmung zu beseitigen, daß Witwen nur dann Unterstützung bekommen sollen, wenn sie arbeitsunfähig sind. Außerdem begründeten sie eine Reihe anderer Verbesserungsanträge. Die Mehrheitsparteien, einschließlich der Rechtssozialisten, waren aber für Verbesserungen nicht zu haben.

obwohl die Genossen Karsten und Aufhäuser in eindringlicher Weise darauf hinwiesen, daß es nicht angängig ist, die Beiträge zu erhöhen, die Leistungen aber unverändert in der durchaus unzureichenden Weise bestehen zu lassen. Sie gaben schließlich, als alle Verbesserungsanträge zunichte gemacht wurden, der Hoffnung Ausdruck, daß bis zur dritten Lesung noch ein Weg gefunden werde, Leistung und Gegenleistung in Einklang zu bringen. Sodann wurde der Entwurf des Gesetzes betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Der Gesetzentwurf fordert eine Erhöhung der Leistungen für Wochenhilfe und Wochenfürsorge, entsprechend der zurückgegangenen Kaufkraft des Geldes. Der Ausschuß hat eine Reihe Änderungen an der Vorlage vorgenommen.

Frau Schroeder (S. P. D.) erstattet den Bericht über die Ausschuhverhandlungen.

Frau Abg. Agnes (U. S. V.): Die Ausschuhentwürfe können nicht genügen, der entsetzlichen Not der Wöchnerinnen Einhalt zu gebieten. Eine Schwangerenunterstützung von 4,50 M. pro Tag ist so lächerlich gering, daß unbedingt eine Erhöhung beschlossen werden muß. Wir beantragen daher, die Unterstützung 8 Wochen lang vor der Entbindung

in Höhe des Grundlohnes oder mindestens 10 M. täglich zu gewähren. Weiter fordern wir, die Unterstützung nach der Entbindung von 10 auf 12 Wochen auszudehnen. Als Stützgeld soll nach der Vorlage täglich 1,50 M. gegeben werden. Dafür kann die Wöchnerin noch nicht einmal einen halben Liter Milch täglich bekommen. Wir beantragen daher, daß das Stützgeld mindestens dem Tagespreis für einen Liter Milch entspricht. Weiter fordern wir, daß die Wochenbeihilfe auch denen zukommen soll, die ein Einkommen von über 10 000 M. bis 15 000 M. haben. Die Ausgaben für Wäsche und was sonst in solchen Fällen notwendig ist, sind so groß, daß die Grenze auf mindestens 15 000 M. festgesetzt werden muß. In den Arbeiterkreisen ist es nicht so, daß die Frauen eines guten Tages ihrem Ranne das läge Geheimnis hold erötend ins Ohr flüstern können. Keini! Für die Arbeiterfamilien ist die Aussicht auf

Familienzuwachs eine Quelle neuer Lasten und Plagen. Wir halten die Verstaatlichung des Hebammenwesens für unerlässlich. Aber wenn Sie auch unsere Anträge annehmen, so ist auch damit der Not nicht abgeholfen, sondern nur eine kleine Reform erfüllt. Erst die sozialistische Gesellschaft wird der jungen Mutter und ihrem Kinde die ihr zukommende Pflege geben können.

Abg. Frau Wadwiz (Komm.): Ich schließe mich vollinhaltlich den letzten Ausführungen meiner Vorrednerin an. Reichsarbeitsminister Brauns: Es ist unmöglich, die Anträge der Unabhängigen, die im Ausschuß nicht zur Beratung standen, durchzuführen. Die Mehrausgaben, die die Ausschuhbeihilfe verursachen, erfordern einen Aufwand von 275 Millionen Mark. Aber die Durchführung der Anträge der Frau Agnes und Genossen würden 1185,5 Millionen Mark Mehraufwand erfordern. Die Krankenkassen müßten unter einer solchen Mehrbelastung zusammenbrechen. Wir können solche Anträge nicht durchführen.

Abg. Frau Schröder (S. P. D.): Ich gebe Ihnen zu, daß wir zu einer solchen Mutterchaftsfürsorge kommen müssen, aber das können wir doch erst, wenn wir den Weg zu den Mitteln dazu gefunden haben. Ich bitte, die Anträge der Unabhängigen dem Ausschuß zu überweisen, damit sie im Herbst dort ordentlich geprüft und durchgearbeitet werden können.

Dieser Antrag der Berichterstatterin wird angenommen. Sodann wird die Vorlage mit den vom Ausschuß vorgenommenen Änderungen in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf erfolgt die Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen Schiffer.

Für den Antrag stimmen nur die Unabhängigen und die Kommunisten.

Der Entwurf betreffend Gewährung von Beihilfen an Rentempfangern aus der Angestelltenversicherung wird angenommen.

Der Reichsfinanzminister über die kommenden Steuervorlagen

Es folgt die dritte Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan.

Reichsfinanzminister und Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Als die Nationalversammlung vor zwei Jahren an die ungeheure schwere Aufgabe der Liquidation des Weltkrieges herantrat, kannte man natürlich noch nicht die Summe, die jährlich aus dem Friedensvertrag zu zahlen ist. Weiterhin konnte man noch nicht mit der inzwischen eingetretenen Geldentwertung rechnen. Schließlich sind auch noch „Nachträgliche Kriegsausgaben“ hinzugekommen. Die Erneuerung des Verkehrswezens usw. führte zu einer hohen Schuldvermehrung. Für jede verbrauchte Goldmark mußten viele Mark in Papiermark aufgebracht werden. Gegenwärtig beträgt der innere Wert der Mark nur ein Zehntel der Friedensmark. Auf dem Weltmarkt ist die Mark dauernd schweren Schwankungen unterworfen. Dort ist ihr innerer Wert geringer. Demgemäß erscheint das Bild des Bedarfes von Reich, Ländern und Gemeinden in ungeheurer Verzerrung. Jede Milliarde neuer Schulden ist im Innern nichts anderes als eine Summe von hundert Millionen Goldmark; jede Mark Steuern an das Reich bedeutet

tatsächlich nur einen Friedensgroschen.

Selbstverständlich ist auch jede Mark Einkommen nichts anderes als ein Groschen. (Sehr richtig!) Das vergessen die Steuerzahler sehr oft den Forderungen des Reiches gegenüber. Man muß auch bei Vergleichen zwischen dem Schuldenbestand vor dem Kriege und gegenwärtig, zwischen den Ausgaben vor der Katastrophe und gegenwärtig, die innere Geldverminderung stets in Betracht ziehen. Das wird in der Presse oft vergessen.

Wie sieht unser Etat in der Gegenwart aus?

Da ist zunächst der ordentliche Etat mit 48,5 Milliarden Ausgaben, darunter 35,8 Milliarden für die eigentlichen Reichszwecke, und 12,7 Milliarden für Länder und Gemeinden. Der außerordentliche Etat für 1921 wies noch die Summe von 59 Milliarden Mark auf, darunter 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages, und 18,9 Milliarden für die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen. Die übrigen 14,2 Milliarden sind nötig für Lebensmittelaufschüsse, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsbau u. a. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden. — Diese Ausführungen waren notwendig, weil die Kenntnis unserer Etatsziffern in Deutschland sehr wenig verbreitet ist. (Zustimmung.) Die Ausgaben der außerordentlichen Etats dürfen nicht mit dem Kontributionsetat zusammengezählt werden, da sie dauernde Ausgaben sind.

Der Kontributionsetat schwankt leider fortwährend

nach der Höhe der 20prozentigen Ausfuhrabgabe und nach der Höhe des Entwertungsfaktors des deutschen Geldes. (Valutastand.) — Jede Reparationspostul und jede Steuerpostul müssen ab absurdum geführt werden, wenn die Mark dauernd kürzt. (Sehr richtig!) — Einschränkung der Rentenpresse!) Für die ersten Jahre wird man auf Grund des Ultimatums mit einer Papiergeldbelastung in Höhe von 42 Milliarden rechnen müssen. Dazu kommen noch die Kosten der Besatzung. Für den außerordentlichen Etat bleiben zur Erfüllung des Friedensvertrages etwa 5 Milliarden; die übrigen 21 Milliarden werden auf den ordentlichen Haushalt übernommen.

Wie soll nun die Deckung erfolgen?

Wir müssen danach streben, die laufenden Kontributionen durch laufende Einnahmen zu decken. Da werden wir auch vor schweren Steuern nicht zurückschrecken dürfen und neue Einnahmequellen erschließen müssen. Für den Reparationsetat muß auch die indirekte Besteuerung neben der direkten, wo sie noch aufbaufähig ist, verschärft werden.

Da die Aufgabe drängt, müssen wir zunächst die Steuerreformpläne zurückstellen und auf bekannten Wegen zum Ziele zu gelangen versuchen. Durch eine Verbesserung der Steuerdeckungsleistung der Erhebung und der Kontrolle müssen wir aus unserer neubeschaffenen Einkommensteuer möglichst hohe Erträge herausholen. Zu den Besitzsteuern kommt eine starke Erhöhung der Körperschaftsteuer, eine Besteuerung der Versicherung und ein Ausbau der Steuer auf Kraftfahrzeuge; ferner Ausbau der Zucksteuer, der Tabaksteuer, der Biersteuer, Änderung des Branntweinmonopols, Erhöhung der Jandwarensteuer. Der Ertrag des Reichsnotopfers muß gehoben werden; besonders die Besitzer von Realvermögen müssen noch ganz anders herangezogen werden.

(Sehr richtig! links.) Ich denke da an eine neue Veranlagung des Reichsnotopfers, die periodisch zu erfolgen hätte, und der Veränderung des Geldwertes Rechnung trägt. Das Reichsnotopfer belastet das abgabenpflichtige Vermögen mit 10 Prozent. Jetzt soll zu einem bestimmten Termin eine erhöhte Vermögensabgabe erhoben werden, die von Jahr zu Jahr neu zu veranlagern ist. Für die kleinen

Kentner und Küberreichen Familien sind Vergünstigungen vorzuziehen. Der voraussichtliche Ertrag bei solchem Umbau ist schwer zu schätzen. Das wird erst möglich sein, wenn die tatsächlichen Vermögensverhältnisse einigermaßen feststehen. Bei vorsichtiger Schätzung werden wir immerhin auf einen

Ertrag von 7 bis 8 Milliarden Mark

jährlich rechnen können. Weiter soll der Nachkriegsgewinn durch eine Umlage

erfaßt werden. Geschont werden soll dabei der auf Ersparnis beruhende Vermögenszuwachs. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einnahmen der Besitzsteuer erwarten wir durch eine Verbesserung der Steuererhebungstechnik. Bei der Einkommensteuer erwarten wir allein aus einer sorgfältigen Nachprüfung und Veranlagung ein Rehraufkommen von 8 Milliarden. Bei einer nur ganz geringen Vermehrung der Kohlensteuer um 5 Prozent rechnen wir, die Schätzung kann natürlich nur roh sein, auf ein Mehraufkommen gegenüber dem Etat von etwa 2 bis 36 Milliarden Mark. Eine vorläufige Uebersicht über die finanzpolitische Wirkung der Durchführung der Steuerergesse ergibt etwa

80 Milliarden Steuereinnahme im Ganzen

(Hört! Hört!). Wahrscheinlich wird der Ertrag noch höher sein und sich um die 100 Milliarden Mark herum bewegen, d. h. etwa 10 Milliarden Goldmark. Die Rahlie muß, soweit möglich, nutzbar gemacht werden für die Zwecke des Reiches. (Hört! Hört!) Zu erwägen ist die

Erfassung der Valutagewinne

Wie wird sich in großen Umrisen nach Durchführung dieses Steuerprogramms die **keuerliche Belastung Deutschlands** gestalten? Nach einer vorläufigen und vorläufigen Schätzung werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf etwa 40½ Milliarden Mark belaufen. Dazu treten die Ergebnisse aus der Kriegsabgabe und der Besteuerung der Kriegsgewinne. Bei den indirekten Steuern sollen sich 36,25 Milliarden Mark ergeben. Insgesamt würden sich 54½ Prozent auf direkte Besteuerung, 7 Prozent auf die entbehrlichen Genußmittel und 38½ Prozent auf alle übrigen Steuern ergeben. Dazu kommt, daß zu der Belastung des Besitzes die Länder und Gemeinden noch Nachtragsteuern erheben können. Der soziale Gesichtspunkt der Schonung der Einkommensschwachen ist maßgebend gewesen. — Die Garantiefunktion hat uns eine Note überreicht, in der sie darauf hinweist, daß

für die Festigung der Valuta maßgebend

sind: das Gleichgewicht des Budgets und die Einstellung der Ausgabe von ungedruckten Banknoten. Die Bedingungen würden abgeändert werden, wenn nicht ein durchgreifendes Reformprogramm aufgestellt würde. (Hört! Hört!) Das ist eine Warnung und Aufforderung an das deutsche Volk und seine Repräsentation, durchgreifendere Reformen vorzunehmen als bisher. Werden nun aber auch von der anderen Seite, die der Kommission nahesteht, radikale Reformen zum Durchbruch kommen? Werden die Sanktionen und Pressionen nun beseitigt werden?

Wenn man einem Volkskörper derartige gigantische Lasten zumutet, müßte man sich nicht da demühen, die wirtschaftlichen Wunden zu schließen? (Sehr richtig.) Was für die Sanktionen gilt, gilt in erhöhtem Maße auch für Oberschlesien. (Zustimmung.) Ohne Entgegenkommen der anderen Seite können die heroischen Opfer nicht gebracht werden. Will man die Befreiung Europas, soll Deutschland an der Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft teilnehmen, dann gebe man ihm ein ehrliches Spiel, freien Raum zur Betätigung seiner wirtschaftlichen und geistigen Kräfte. (Beifall.) Wir haben den ehrlichen Willen und erwarten nun die Antwort von der Gegenseite, eine aufrichtige und rasche Antwort auf die großen schmerzhaften Fragen und Angelegenheiten über die Sanktionen und Oberschlesien. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Trimborn (Ztr.) dankt dem Reichsanwalt für seine Worte über die Sanktionen und Oberschlesien. Zu den Steuerfragen können wir erst Stellung nehmen, wenn die einzelnen Gesetze uns vorliegen. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Helfferich (Dn.): Die Zustimmung zu den letzten Worten des Reichsanwalters wäre noch größer gewesen, wenn der Ton um einige Grade schärfer und kräftiger gewesen wäre. (Lärm b. d. j. Parteien.) Die unerhörten Erpressungen der Alliierten gehen noch über das hinaus, was einst Rathago geschah. (Zuruf: Kriegsverbrecher! Herunter von der Tribüne!) — Minutenlang Lärm, der immer aufs neue beginnt, so oft Helfferich zu reden anfängt. Vergeblich versucht der Präsident, ihm Ruhe zu verschaffen. Helfferich kann erst weiterreden, als er mit einigen belanglosen Worten wieder anfängt.) Der Reichsanwalt hat die Finanzmiserie noch nicht in ihrem vollen Umfange gezeigt. Die Ausgaben für das laufende Jahr betragen 108 Milliarden, denen 55 Milliarden Einnahmen gegenüberstehen. Nicht aus Nationalismus, sondern aus schwerer Ueberlegung heraus sagen wir heute, wie vor der Annahme des Ultimatum: das Ultimatum ist unerfüllbar! Wenn es nach den Vorläufen Witzes ginge, so würde nach und nach das gesamte deutsche Vermögen in die Hände der Entente laufen. Das Ergebnis wäre die Fremdherrschaft. (Dauernde Zurufe links: Was wollen denn Sie machen?) Der Weg des deutschen Volkes ist nicht die Erfüllung des Ultimatum, sondern der Weg der Befreiung vom Ultimatum. (Stürmischer Beifall rechts. — Zwischen und Lärm links.)

Abg. Reil (Soz.) erklärt sein Einverständnis mit dem Protest des Reichsanwalters gegen die Sanktionen. Auerhört ist in der Tat das Vorgehen der Entente. Aber wenn einer kein Recht hat, der Entente das vorzuwerfen, dann ist es Herr Helfferich. (Lebhafter Beifall links. — Lärm und Psittirufe rechts.) Das Aufreten des Abg. Helfferich wird nicht nur vom deutschen Volke, sondern auch vom Auslande als Provokation empfunden werden. (Erneute Psittirufe und großer Lärm rechts.) Es gibt in diesem Haus und im ganzen deutschen Volke keinen Mann, der weniger als Herr Helfferich zu solchem Auftreten berufen ist. Helfferichs Reden sind ein Spiegelbild der gigantischen Schuld, die er im Kriege auf sein Haupt geladen hat. (Lachen rechts.) Glauben Sie, daß die Entente sich bescheiden wird, wenn wir jetzt erklären, wir können nicht erfüllen? Auf Einzelheiten des Steuerprogramms will ich heute nicht eingehen. Wir erkennen mit dem Reichsanwalt die Pflicht an, alles zur Erfüllung des Ultimatum zu tun, und zwar es rasch zu tun. (Zuruf rechts: Mit den Kräften der anderen!) Ist etwa das deutsche Volkvermögen nicht entstanden aus dem Arbeitsvertrag der deutschen Arbeiter? (Lachen und Zurufe rechts.) Mit allen Mitteln sucht die Rechte die Einkommensteuer auszuhebeln, indem sie ihre Interessenten in die Sachverständigenausschüsse hineinschleift. Ohne Erfassung der Sachwerte werden wir kaum zu einem befriedigenden Ergebnis kommen. Das Reich muß sich einfach, um im Auslande Kredit zu behalten, in den Besitz eines Teiles der Sachwerte setzen. Wir werden die einzelnen Steuern kritisch prüfen unter dem großen Gedanken, unser Möglichstes zu tun und die Arbeitskraft des deutschen Volkes zu schonen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Becker-Hessien (D. Sp.): Wir haben durch das Ultimatum Lasten übernommen, die wir nie und nimmer erfüllen können. Ein neues Reichnotopfer würde die deutsche Wirtschaft vollends zum Erliegen bringen.

Abg. Crispian (UEP):

Die Ueberheblichkeit, mit der Herr Helfferich Deutschland als die einzige musterhafte Stätte für Wirtschaft und Kultur hinstellt, werden wir aufs schärfste bekämpfen. Die von Helfferich gegründete Finanzpolitik während des Krieges ist das Bedenklichste, was überhaupt je an Finanzwirtschaft geleistet worden ist. Deutschland wird durch die

durch den Krieg verursachten Schulden fast erdrückt.

Alles wurde durch Anleihen, nichts durch Steuern aufgebracht. In England verfuhr man anders. Da wurden bereits im Jahre

1918 durch neue Steuergesetze 1,8 Milliarden durch Steuer auf Einkommen und Grundbesitz aufgebracht. Trotz alledem sehen wir, wie Herr Helfferich hier mit einer geradezu schandvollen Ueberheblichkeit die deutsche Finanzwirtschaftslustigpreis, während er gerade mitschuldig daran ist, daß wir uns in diesem grenzenlosen Finanzjenseit befinden. Die Milliarden für den Krieg wurden auf den außerordentlichen Etat übernommen. Was durch Kriegsanleihen aufkam, war schon vorher durch Ausgabe von Reichsschatzwechseln flüssig gemacht worden. Die Schatzanweisungen wurden wieder als Kriegsanleihen gezeichnet. Diese Politik war für Herrn Helfferich sehr bequem, aber höchst verderblich für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Ich will auch

erinnern an die Schiebung des Helfferichs.

von dem ordentlichen auf den außerordentlichen Etat. Im Jahre 1916 wurden an Einnahmen für 386 712,9 Millionen eingelegt. Eingekommen sind aber nur 350 Millionen. Im Jahre 1917 betrug die eingelegte Einnahme aus Zöllen 799,9 Millionen Mark, obgleich Deutschland vom Auslande abgegeschlossen war, und mit Einnahmen aus Zöllen so gut wie gar nicht gerechnet werden konnte. So wurden sogar Ueberflüsse vorgetäuscht. Es wurden nicht nur die Kriegsausgaben aus Anleihen gedeckt, sogar die Ausgaben des ordentlichen Etats wurden durch außerordentliche Etatspostitionen gedeckt.

Herr Helfferich erklärte: wenn wir den Krieg gewonnen haben werden, dann werden gewiß große Steuern notwendig. Aber wenn die Dinge entschieden werden müssen nach dem Kriege, dann wird der deutsche Patriotismus den Beweis erbringen, daß er nicht nur Kriegsanleihen aufgebracht hat, sondern auch sich groß bewährt in Steuerfragen. Bisher haben wir aber von diesem deutschen Patriotismus bei den Besitzenden noch gar nichts bemerkt. Sie haben im Gegenteil die Steuerhinterziehung systematisch betrieben. Ob man die Steuern indirekt oder direkt nennt, wir wissen, daß sie letzten Endes dem Mehrwert entspringen, den die Arbeiter erzeugen müssen. Deshalb wünschen wir, daß das Reichswirtschaftsministerium sich mit seiner Aufstellung hinsichtlich der Erfassung der Goldwerte durchschlägt. Wenn der Reichsfinanzminister Wirth heute erklärte, daß man erwäge,

die Besitzenden heranzuziehen in Form von Genußsteuern,

so müssen wir erklären, daß das nicht das ist, was wir fordern. Es ist zwar etwas mehr als die bisherigen Steuern. Aber die Genußsteuern reichen nicht aus, und es steht nicht einmal mit Sicherheit fest, ob es dazu kommen wird. Die Goldwerte müssen erfaßt werden, weil damit das wirksamste Mittel gegen die Steuerhinterziehung gegeben ist, zu dem die Veranlagung sehr vereinfacht und Kosten bei der Veranlagung gespart werden. Vor allem auch, weil sie eine wirkliche und die wirksamste Erfassung der Grundrente, besonders in der Landwirtschaft, darstellt. Auch dies ist allerdings nicht die letzte Forderung. Die Goldhypotheken und Goldaktien sollen nur einen Schritt darstellen auf dem Wege zur Sozialisierung.

Durch die bisherige Steuerpolitik werden dauernd die Preise gesteigert, der Reallohn herabgedrückt. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Papiergeld bekommen, erleiden große Einbuße durch die Geldentwertung, während die Besitzer der Produktionsmittel, alle jene Leute, deren Werte sich in Gold ausdrücken, so gar eine Wertsteigerung zu verzeichnen haben. Durch die Erfassung der Goldwerte wird die Einstellung des Drucks neuer Noten erst in die Wege geleitet werden können. Das Correspondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 5. Mai die Feststellung gemacht, daß die Löhne um das fünf- bis achtfache gestiegen sind, während die Lebensmittel um das 14- bis 15fache im Preise sich erhöhten. Und das gilt für vollbeschäftigte Arbeiter, ganz zu schweigen von jenen, die verüßigt arbeiten. Wir werden die Forderung auf Erfassung der Goldwerte im Herbst erneut stellen, um allen Parteien Gelegenheit zu geben, Altp und Klar zu sagen, ob sie zu ihrem Worte stehen, die Lasten von den Schultern der arbeitenden Klasse auf die Schultern der tragsfähigen Besitzenden zu legen.

Der Reichsanwalt hat sich auch mit der ober-schlesischen Frage beschäftigt. Wir konnten bisher sehen, daß der Reichsanwalt ehrlich bemüht gewesen ist, den ober-schlesischen Konflikt in einwandfreier Weise zu beseitigen. Wir wissen, daß man mit Waffengewalt hier nicht entscheiden kann. Der nationalistische Janhagel will von Oberschlesien aus einen Einfall zu einem neuen Rapp-Busch inszenieren. Aber bauen Sie nicht darauf, daß die deutsche Arbeiterklasse die Kraft nicht aufbringen werde, aus diesem Hause endlich auch jene Leute, wie Helfferich und Konforten, hinauszupressen. (Sehr wahr!) Bauen Sie nicht darauf, daß das deutsche Volk dauernd das Sklavenleben ertragen wird.

Das Proletariat wird aufstehen

und nach dem Rechten sehen. Sehr viel schöne Reden und Appelle sind zum Besten gegeben für die Einheit. Das sind doch alles nur billige Moralspaßen. Man darf nicht übersehen, daß die Kämpfe zwischen den Parteien entbrannt sind, weil diese Parteien eine bestimmte Klassengesellschaft vertreten. Wir leben im Klassenstaat und Klassengegenstände, die erst mit dem Klassenstaat selbst verschwinden können. Deshalb kann es keine Gemeinschaft mit irgendeiner bürgerlichen Partei für uns geben. Auch nicht in der ober-schlesischen Frage. Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht jeden Volkes, und wenden uns dagegen, daß die Völker gezwungen werden sollen, gegen ihren Willen irgendeinem Staate angegliedert zu werden. Wir wollen, daß die ober-schlesische Frage nach den Bestimmungen des Friedensvertrages geregelt werde unter Berücksichtigung der Abwägungsergebnisse sowohl wie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse und der geographischen Verhältnisse. Auch das ist nur ein Notbehelf und gilt nur so lange, als der Kapitalismus noch künstlich Grenzen um die Völker gezogen hat. Wir wissen, daß alle Auseinandersetzungen über neue Grenzen weiter nichts sind als Verträge der kapitalistischen Klassen der verschiedenen Länder, die Vorherrschaft in die Hand zu bekommen.

Wir lehnen den Etat ab.

Reichswehr und Marine haben in Deutschland keinerlei Daseinsberechtigung mehr. Wollen Sie mit den paar arbeitslosen Schiffen und den paar arbeitslosen Reichswehrgoldboten etwa die Welt neu neuem in die Schranken fordern? Den alten Militarismus aufs neue mobil machen und den Krieg aufnehmen gegen die ganze Welt? Die Reichswehr ist eine sorgfältige Bedrohung des Proletariats. (Sehr wahr!) Die Schutzgarde der bestehenden Klassen gegen den Hunger der verelendeten Schichten des Volkes. Wir lehnen den Etat ferner wegen der kapitalistischen Klassenjustiz ab. Erst dieser Tage ist die Klassenjustiz entlarvt worden, als Waffe der herrschenden Klassen gegen kämpfende Arbeiter. Wenn uns die Herren sagen, man könne und müsse die Klassenjustiz nicht so verstehen, daß die Richter bewusst Klassenjustiz üben, so erkläre ich für meinen Teil, daß das für manche Richter zutrifft. Es gibt aber auch in Deutschland Richter, die bewusst Klassenjustiz handhaben. (Sehr wahr!) Solange Leute wie Herr Schäfer in der Regierung sind, die die Klassenjustiz verteidigen, lehnen wir alle Mittel für die Justiz ab.

Wir lehnen den Etat ab, weil in ihm mancherlei enthalten ist, das zur Lebensmittelverteilung führt. So viele Milliarden, die durch die deutsche Ernährungspolitik dem Volke abgezapft, sind noch niemals einem Volke entzogen worden. Die Ernährungslosenunterstützung genügt bei weitem nicht. Gegen die Wohnungsnot ist nichts Durchgreifendes unternommen. Ferner sind vollkommen unzureichend die Mittel für die Kulturaufgaben, für den Ausbau der Schulen usw. Sie wollen, daß das Volk nicht teilnehmen kann an den Kulturerrungenschaften, die die Arbeiter erst möglich gemacht haben. Aber die Arbeiterklasse wird nachholen, was sie bisher versumt hat. Sie wird weiter durch ihre Einrichtungen dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse gekult wird für den Kampf gegen den Kapitalismus. Auch die deutsche Republik ist ein kapitalistischer Klassenstaat. Diesem System der kapitalistischen Klassenherrschaft bewilligen wir keine Mittel. (Lebh. Bravo bei den U. S.)

Der Schluß des Berichts folgt in der Abendausgabe.

Schiedspruch im Mansfelder Bergbau

Zurückweisung des Lohnabbaues — Festsetzung der Bedingelöhne nach der Arbeitsleistung

Im Mansfelder Lohnstreit, der entstanden war, weil die Mansfelder Kupferhändler bauende Gewerkschaft einen Lohnabzug durchgehen wollte, wurde am 29. Juni ein Schiedspruch gefällt, nach dem die Schichtlöhne bestehen bleiben, aber unter Berücksichtigung des Leistungsrückganges eine entsprechende Bedingelohnherabsetzung als zulässig erklärt wurde. Bei normaler Leistung muß der bisherige Bedingelohn wieder erreicht und bei höherer Leistung überschritten werden.

Ferner soll für die Hütten der durchgehende Sonntagsbetrieb wieder eingeführt werden.

Die Frage, wie etwa die reine Arbeitszeit im dringenden Lebensinteresse des Mansfelder Bergbaues verlängert werden kann, wurde der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Prüfung überwiesen.

Der Spruch wurde einstimmig gefällt, erhielt also die Zustimmung der Arbeitervertreter.

Durch diese Entscheidung des Schlichtungsausschusses ist die Ansicht der Unternehmer, das Einkommen der Bergarbeiter in Mansfeld allgemein herabzusetzen, allerdings abgewiesen. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses sagte in der Begründung, daß mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage keiner Herabsetzung der Schichtlöhne habe zugestimmt werden können. Es komme darauf an, die Leistung zu steigern.

Der Schlichtungsausschuß kam nach dem Gutachten von Sachverständigen zu dem Ergebnis, daß eine Verminderung der Arbeitsleistung vorliegt, die 7 Prozent beträgt. Darum, erklärt der Schiedspruch, ist die Gewerkschaft berechtigt, die von den Bedingelohn- (Alford-) Arbeitern verdienten Löhne so weit herabzusetzen, daß bei einer um 7 Prozent gegenüber April 1921 gesteigerten Leistung die gleichen Löhne verdient werden wie im April 1921. — Zur Erläuterung dieser Bestimmung wird in der Begründung bemerkt, daß z. B. bei einem Bedingelohn von 45 M. und einer gegen den April 1921 nicht gesteigerten Leistung die Gewerkschaft berechtigt sein soll, diesen Lohn von 45 M. um 7 Prozent gleich 3,15 M. zu kürzen. Sobald die normale Arbeitsleistung wieder erzielt wird, muß auch der normale Lohn wieder erreicht werden.

Außerdem soll zwecks Steigerung der Leistung der Versuch unternommen werden, die produktive Arbeitszeit, die nach den Feststellungen des Schlichtungsausschusses gegenwärtig unter Tage durchschnittlich 4½ bis 5½ Stunden beträgt, zu verlängern, eine Absicht, die von den Bergarbeitern gebilligt werden dürfte, da sie z. B. im Ruhrkohlenbergbau mehrfach das gleiche vorgeschlagen haben, deren Durchführung aber meist die rüchständigen technischen Einrichtungen der Gruben hindernd im Wege stehen.

Dieser letzte Gesichtspunkt kommt auch bei der Bewertung der Entscheidung des Schiedspruches über die Löhne der Bedingelöhner in Betracht. Diese Entscheidung bedeutet, daß der Bedingelohn nach der Leistung bemessen werden soll. Die Bergarbeiter selbst werden darüber zu entscheiden haben, ob sie damit einverstanden sein wollen. Aber damit wird ein neues Prinzip zur Einführung gebracht, das sorgfältigster Prüfung bedarf. Darum möchten wir darauf hinweisen, daß die Leistung durchaus nicht immer und nicht allein abhängig ist vom Arbeiter. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses gab das indirekt zu, indem er in seiner Begründung von dem Leistungsrückgang sprach, der von den Arbeitnehmern veranlaßt sei. Das heißt, daß es auch einen Leistungsrückgang geben kann, der durch andere Umstände, nämlich durch die bereits erwähnte technische Rückständigkeit der Grubenanlagen hervorgerufen wird. Wodurch wird nun entschieden, wo die Schuld an einer Leistungsminde rung liegt? Wir fürchten, daß diese Methode der Lohnfestsetzung zu zahlreichen Streitigkeiten führen kann, was der „Ruhe in den Betrieben“ in der Regel nicht sehr dienlich und für die Gesamtleistung insoweit nicht sehr förderlich zu sein pflegt. Der gleiche Umstand hat sich übrigens auch in England gezeigt, wo gleichfalls eine Besserung der Löhne nach der Leistung üblich geworden war.

Nochmals das Lager Siewow

Wie der „Dona“ von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, befinden sich im Internierungslager Siewow bei Cottbus nur noch 40—50 Ober-schlesier, und auch diese sollen dort lediglich aus dem Grunde festgehalten werden, weil sie selbst die Befürchtung hegen, bei ihrer Rückkehr nach Oberschlesien in Korantins Injurgen tenar mee eingereicht zu werden. Da inzwischen durch die Auflösung der Insurgententruppen diese Befürchtung gegenstandslos geworden ist, sollen diese Ober-schlesier demnach in ihre Heimat entlassen werden. Es trifft weiter zu, daß im Lager Siewow noch eine Reihe Kongregpolen festgehalten werden. Es handelt sich bei diesen Leuten aber zumeist um Deserteure der polnischen Armee, die nicht den Wunsch hegen, nach Polen zurückzukehren. Ueber den Verbleib dieser Leute soll bald eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Der Friede mit Amerika

Paris, 6. Juli.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Präsident Harding habe erklärt, daß die Vereinigten Staaten an der Festlegung der deutschen Entschädigung interessiert seien, und daß, bis die deutschen Reparationen bezahlt und andere Vertragsbestimmungen erfüllt sein würden, die amerikanischen Truppen möglicherweise am Rhein bleiben würden. Es sei zu erwarten, daß einige sehr einflußreiche Kabinettsmitglieder dazu raten würden, die Truppen während der Verhandlungen zwischen Amerika und Deutschland und zwischen Amerika und den Alliierten über die aus dem Kriege herrührenden Fragen am Rhein zu belassen. In gewissen Regierungskreisen glaube man allerdings, daß der erste Schritt nach der Unterzeichnung der Friedensproklamation die Abberufung der amerikanischen Truppen aus Deutschland sein werde.

Wie „New York Times“ aus Washington meldet, hatten Harding und Hughes eine Besprechung über die durch die Annahme der Friedensresolution geschaffene Lage. Wie berichtet wird, arbeitet Hughes an einem Vertrage, der die mannigfaltigen, sich aus dem Krieg ergebenden deutsch-amerikanischen Probleme zur Erledigung bringt. Es wird fargestellt, daß der Vertrag alle aus dem Waffenstillstand und dem Versailles-Vertrage sich ergebenden amerikanischen Rechte und Interessen zu schützen habe.

Die Verhandlungen über Irland. Mittwoch früh besprachen Lloyd George, General Smuts, der Führer der liberalen Unionisten, Lord Middleton, und der Ministerpräsident von Ulster, Sir James Craig, die irische Frage. Ueber den Inhalt der Verhandlungen wird strengstes Stillschweigen beobachtet.

Erhöhung des Getreideeinfuhrzolls in Frankreich. Nach einer Pariser Meldung soll durch ein Dekret der französischen Regierung, das im „Journal Officiel“ veröffentlicht werden wird, der Getreideeinfuhrzoll, der bisher sieben Franken betrug, auf 14 Franken und der Zoll auf Zucker von 20 auf 50 Franken erhöht werden.

Das Verbrechen des Krieges

General Stenger freigesprochen — Zwei Jahre Gefängnis für Crusius

Leipzig, 6. Juli. Das Reichsgericht hat heute Nachmittag 3 Uhr das Urteil gegen die Offiziere gefällt, die unter der Auflage standen, im August 1914 bei Saarburg französische Gefangene erschossen zu haben. Das Urteil lautet: General Stenger wird freigesprochen. Major Crusius wird wegen schuldiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verluste der Befugnis zum Tragen der Uniform verurteilt. Die Unterjohanniszeit wird angerechnet. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Der Prozeß gegen den General Stenger und den Major Crusius hat wieder einmal die ganze Scheußlichkeit des Krieges ausgedrückt. Während der Schlacht bei Saarburg wurden durch deutsche Offiziere und Soldaten französische Gefangene erschossen. Dieser entsetzliche Vorgang hat seinerzeit großes Aufsehen erregt, er wurde der ausländischen Presse bekannt, die ihn weidlich ausschaltete und ihn zum Anlaß nahm, die Deutschen als das Volk der Hunnen zu bezeichnen. Die deutsche Presse durfte damals zu den Vorkäufen nicht Stellung nehmen, denn die herrschende Militärdiktatur glaubte durch Totschweigen der Sache der deutschen Kriegführung am besten dienen zu können. Das Ausland nahm aber dieses Schweigen als ein Schuldbekenntnis auf und so wurde die ganze Welt von den barbarischen Untaten des deutschen Militarismus erfüllt und darüber hinaus auch das ganze Volk für die Gefinnung der militärischen Führer verantwortlich gemacht.

Wer die Mentalität des Militarismus kennt, wer die vierjährige Engrosschlächterei in Ost und West, in Süd und Nord mitmachte, dem hat der Prozeß gegen den General Stenger und den Major Crusius im wesentlichen nichts Neues gebracht. Es sind während dieser Schlächterei so viele entsetzliche Dinge geschehen, die weder mit dem Völkerverrecht, noch mit einem anderen Recht in Verbindung zu bringen sind. Der Haß, der durch die Kanäle der Pressebeeinflussung und der sogenannten Belehrungen während der Instruktionstunden systematisch gesteigert wurde, hat viele Menschen, nachdem sie den Soldatenkodex anhaten, zu Tieren gemacht. Außerdem mußte der Soldat gehorchen und die herrschende Auffassung der militärischen Führer, deren Befehle befolgt werden mußten, war die: Je mehr Tote und Verwundete der Gegner hat, desto leichter wird die eigene Macht liegen. Von diesem Gedanken ausgehend, hat ja auch Hindenburg den bekannten Satz geprägt: „Der grausamste Krieg ist der menschlichste“.

Wir wollen auf die Einzelheiten, die die Beweisaufnahme vor dem Reichsgericht in Leipzig erbracht hat, nicht eingehen. Die Tatsache, daß wehrlose Gefangene erschossen worden sind, ja auch Verwundete, die um ihr Leben flehten, steht fest. Die Frage ist nur, wer den Befehl zum Erschießen gegeben hat. Der Major Müller, der Erschießungen vornehmen ließ, ist im Kriege gefallen. Der Major Crusius, der gleichfalls Gefangene erschossen hat oder sie durch Soldaten erschießen ließ, soll jetzt in jenen Augenblicken geistesgestört gewesen sein. Beide Offiziere aber, sowohl Major Müller als auch Major Crusius, beriefen sich damals auf einen Befehl des Generals Stenger. Crusius hält noch heute daran fest. Da aber das Zeugnis Müllers nicht mehr herbeizuschaffen ist und der überlebende Crusius, wie schon gesagt, in einem Anfall von Geistesgestörtheit gehandelt haben soll — ein wunderlicher Zufall, daß der eine Zeuge tot, der andere nicht ganz normal ist! — bleibt juristisch die Frage ungeklärt, ob General Stenger den Befehl tatsächlich gegeben hat oder nicht.

General Stenger ist ein vorbildlicher Soldat. Vorbildlich ist auch der militärische Sachverständige, General der In-

fanterie a. D. von Ruhl, der in Leipzig ausführte, die Bestimmung der Haager Landkriegsordnung, ein Wehrloser, der die Waffen gestreut habe, solle nicht getötet werden, sei nur als Richtlinie aufzufassen. Und der dann weiter sagte:

„Abweichungen davon müßten als zulässig betrachtet werden, wenn die Erhaltung der eigenen Truppe in Frage komme, und die Erreichung des Kriegszweckes anders nicht zu ermöglichen ist. Nach seiner Überzeugung kann es im äußersten Notfalle wohl vorkommen, daß Verwundete getötet werden müssen, weil man sie nicht entwaffnen, aber auch nicht im Rücken der kämpfenden Truppe lassen könne. ... Was das schwere Waldgeschick am 26. August anbetrifft, so sei General Stenger zweifellos berechtigt, ja sogar verpflichtet gewesen, die erforderlichen Anweisungen zu geben, also auch die, keine Gefangenen zu machen, oder wie seine Worte sonst gelauiet haben sollen. Keineswegs habe General Stenger damit die Anordnung geben wollen, bereits gemachte Gefangene zu töten.“

Die Auffassung, die General von Ruhl hier vertritt, war vorherrschend im Kriege. Es war also sicher auch die Auffassung des Generals Stenger, der sie während des Gefechtes im Walde bei Saarburg in irgendeiner Form vertreten hat. Die Offiziere, die die Worte des Generals Stenger als Befehl auffaßten, waren im Grunde genommen, nicht verpflichtet, menschliche Erwägungen anzustellen, denn sie hatten bei all ihrem Tun und Handeln ja noch ein anderes Vorbild vor Augen, das Vorbild Seiner Majestät des Kaisers, der während des Boxeraufstandes jene klassische Sätze prägte: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!“

Betrachten wir von diesem Gesichtspunkte aus den letzten Kriegsverbrecherprozeß in Leipzig, so verschwinden die Personen, die auf der Szene erschienen, im Hintergrunde, und als der wahrhaft Schuldige taucht das System des Militarismus auf. Diesem System hat unser Kampf in erster Linie zu gelten, den Trägern erst in zweiter Linie. Dabei wollen wir nicht vergessen, daß auch auf der anderen Seite Grausamkeiten vorgekommen sind. Aber so wenig, wie sich ein Dieb damit entschuldigen kann, daß sein Nachbar noch viel mehr gestohlen hat, so wenig kann uns die Tatsache, daß die gegnerische Seite auch ihre Kriegsverbrecher hat, davon abhalten, eine Sühne für die Vergehen zu fordern, die die Schuldigen unseres eigenen Landes verübt haben.

Bedauerlich ist es, daß die Kriegsverbrecher nicht zur Verantwortung gezogen werden aus dem großen Orange heraus, Gerechtigkeit im eigenen Lande zu schaffen, sondern, daß dieses erst geschieht infolge des Druckes fremder Mächte. Und doch könnte nur so die politische Luft gereinigt und jener geistige Zustand herbeigeführt werden, der notwendig ist zum Aufbau eines neuen Staatswesens. In der Form aber, wie heute die Kriegsverbrecherprozesse vor sich gehen, dienen sie leider nur dazu, die nationalstischen Leidenschaften hüben wie drüben aufs neue aufzustacheln. Die Arbeiterklasse wird diesen nationalstischen Tendenzen um so entschiedener entgegenzutreten können, wenn sie in jedem Kriege ein Verbrechen erblickt und in allen Fällen das System bekämpft, welches die Kriege zwangsläufig hervorruft und das Verbrechen, Menschen zu töten, gleichviel auf welche Art, als eine höhere Bestimmung feiert, der wir uns mit Begeisterung hinzugeben hätten.

Siegerfranz“ und brachten ein Kaiserhoch aus. Mit Hinweis auf ihre Waffen und insbesondere auf ihre Gummiknüppel zwangen sie alle Anwesenden, sich an den Gefängen zu beteiligen und vor allem sich bei dem Kaiserhoch zu erheben. Der wachhabende Schuppolizeoffizier war machtlos, wird dazu berichtet. Man stelle sich den Betrieb vor. Ein ganzer Polizeioffizier wird aufgeboten, um die nationalstischen Horden im Zügel zu halten. Man kann sich vorstellen, welchen Respekt die Freikorps vor einer Regierung haben werden, die ihnen in solcher Weise entgegentritt!

Der Rückzug der Aufständischen

W. Dypeln, 6. Juli.

Wie der Berichterstatter der „Dena“ an zuständiger Stelle erzählt, vollzieht sich der Rückzug der polnischen Insurgenten nicht wie erwünscht. Sobald die Ententetruppen die Gebiete besetzt haben, entstehen allerorts hinter ihrem Rücken neue Insurgentengruppen, die das Land weiter beunruhigen. Roslowitz und Schoppinik sind entgegen den Abmachungen noch nicht geräumt. Man befürchtet ganz allgemein eine Verzögerung der Räumung.

Schiffer gerettet!

In der gestrigen Reichstagsführung wurde das Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Schiffer gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten abgelehnt. Auch die Rechtssozialisten stimmten gegen den Antrag. Sie haben damit Herrn Schiffer gerettet. Denn völlig zutreffend stellte gestern die „Vossische Zeitung“ fest, daß „selbst wenn das Mißtrauensvotum gegen sämtliche sozialistische Parteien mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktionen, also auch denen der Deutschnationalen, abgelehnt werden sollte, würde die Stellung des Reichsjustizministers Dr. Schiffer unhaltbar werden.“

Das haben die Rechtssozialisten durch ihre Abstimmung verhindert. Gewiß kann Schiffers Verhalten allein nicht ausschlaggebend für die Stellungnahme zur gegenwärtigen Koalitionsregierung sein. Aber diese Entscheidung gegen die Koalitionsregierung überhaupt verlangte weder der Antrag, noch wäre sie seine Folge gewesen. Auch dafür ist die „Vossische Zeitung“ Zeuge, die zwar bemerkt, daß eine solche Abstimmung nicht zur „Erwärmung des kühlen Verhältnisses zwischen Demokraten und Sozialdemokratie“ beitragen würde, aber doch auch erklärt, daß sie nicht das Ende der gegenwärtigen Koalition bedeuten würde.

Es ist kein Geheimnis, daß bei einem erheblichen Teil der rechtssozialistischen Fraktion starke Stimmung für die

Zustimmung zu dem Mißtrauensvotum gegen Schiffer bestand. Das ist erklärlich, denn Schiffer ist nicht nur der an der Spitze der jetzigen Klassenjustiz stehende Minister, sondern, wie alle seine Reden bezeugen, Träger und Schützer der Verfehlungen, deren sich die Justiz, besonders in letzter Zeit, in immer steigendem Maße hat zuschulden kommen lassen. Er ist insbesondere derjenige, der den Begnadigungsanträgen für die Vergehen aus dem März-Putsch die größten Schwierigkeiten bereitet. Schiffer ist somit nicht nur verantwortlich für das Wohlwollen der Justiz gegenüber Jagow, sondern auch für ihre unerbittliche Härte gegenüber den Arbeitern.

Wenn trotz aller dieser Gründe und der eindrucksvollen Rede ihres Sprechers Kadbruch die Rechtssozialisten sich bei der Abstimmung auf die Seite Schiffers geschlagen haben, so ist das nichts anderes, als das Eingeständnis, daß es nur eines leisen Druckes der bürgerlichen Koalitionsparteien bedarf, um die Rechtssozialisten zu einem Aufgeben ihrer Anschauungen zu bewegen. Also auch in diesem Fall ist es die Arbeiterklasse, die der Koalitionspolitik zuliebe Opfer bringt, und das Bürgertum, das aus ihr die Vorteile zieht.

Das ist um so bedauerlicher, als die Entscheidung der Rechtssozialisten gegen Schiffer ein eindrucksvolles Signal gewesen wäre für die ungeheure Stärke des Mißtrauens und der Erbitterung der Massen über die heutige Justizpflege.

Die kapitalistische Kultur

Das „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich mit unserem Artikel über den Boxkampf und gibt seiner Entgegnung nicht mit Unrecht den Titel „Getriebene Wahrheiten“. Das „Berliner Tageblatt“ muß die Wahrheit trüben, um uns entgegen zu können. Das „Berliner Tageblatt“ behauptet, daß es diesen Vorgang ebenso beurteilt wie wir und aus denselben Gründen darüber berichtet habe. Wir bedauern, konstatieren zu müssen, daß sein Bericht keine Kritik enthielt, sondern offenbar als interessante Bereicherung des Inhalts der Zeitung den Lesern vorgelegt wurde. Wöllig unerfindlich ist es uns, wie das „Tageblatt“ von der parteipolitischen Behandlung der Angelegenheit sprechen kann. Gerade wir haben ja hervorgehoben, daß auch Arbeiter vor dieser Sünde nicht immun sind. Wenn aber das „Berliner Tageblatt“ behauptet, daß die Leser der sozialistischen Presse einen größeren Teil der Zuschauer zu solchen rohen Erzeissen stellen als die der bürgerlichen, so ist das besonders in diesem Falle ganz lächerlich. Die amerikanische und französische große kapitalistische Presse ist es, die diese Ring- und Boxkämpfe in raffinierter Weise fördert, die Sensations- und Weitzlust anspricht. Und auch in Deutschland ist es die bürgerliche Presse, die spaltenlang über diese Dinge berichtet, während sich die sozialistische Presse, soweit wir wissen, davon völlig frei hält. Im Ausland ist es leider nicht ganz so, und wir haben im Pariser „Peuple“, dem Organ der Gewerkschaften, und in der kommunistischen „Humanité“ zu unserm Bedauern die Bilder der Boxer ebenfalls gefunden, allerdings ohne die Anreizungen, die die bürgerliche Presse gebracht hat.

Es ist aber sehr fraglich, ob das „Berliner Tageblatt“, nicht einzusehen, wie sehr verbunden diese Erzeisse mit der spezifisch kapitalistischen Zivilisation sind. Welche Rolle die Macht des Geldes, von der wir sprachen, beim Zustandekommen der Boxkämpfe spielt, dafür einige Zahlen: Carpentier erhielt zweimal 100 000 Dollars, mehr als 14 Millionen Mark. Sein Gegner Dempsey 21 Millionen Mark. Die Einnahme des Impresarios wird mit 45 Millionen Mark angegeben. 81 Millionen Mark stehen also für solche Dinge zur Verfügung in einem Lande, in dem die heftigste wirtschaftliche Krise herrscht und 100 000 Arbeitslose im Elend verkommen. Das ist aber sicher nicht alles. Millionen dürften ausgegeben worden sein für Reklame und Annoncen und Zeitungsaufträge. Und das ist eben die „Macht des Geldes“. Die Dollars verwandeln Menschen in Tiere. Der Dollars wegen fördert die Presse diese Veranstaltungen, der verweirten Dollars wegen verdummen Tausende ihr Gehirn mit solchen Interessen. Und da will das „Berliner Tageblatt“ es noch als sozialistische Heuchelei hinstellen, wenn man diese Zivilisation, die uns der Kapitalismus beschert hat, nicht kritiklos hinnimmt, bloß weil ihm auch der Meisterstreich gelungen ist, auch Arbeiter in diesen Verdummungskreis hineinzuziehen!

Schützt die Steuerschieber!

Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß das Finanzamt Salzweidel bei neunzehn Drückbergern, darunter sechzehn Landwirten, deren Namen es öffentlich mitteilte, 1333610 Mark hinterzogene Steuern festgestellt habe. Weitere Entlassungen wurden in Aussicht gestellt. Nun wird dem „Vorwärts“ berichtet, daß nach einer Meldung der bürgerlichen Presse der Leiter des Salzweideler Finanzamtes, Regierungsrat Groth, vom Reichsfinanzminister einen Ruf nach Berlin erhalten habe. Zugleich teilt die „Allgemeine Zeitung“ mit, daß Regierungsdirektor Hohmann beauftragt sei, den allzu scharfen Herrn vom Finanzamt Salzweidel abzulösen. Das bedeutet also nichts anderes, als daß der bisherige Leiter des Salzweideler Finanzamtes strafverjährt worden ist, weil er das Wagnis unternommen hat, die nationalen Steuerdrückberger härter anzupacken, als sie es sonst gewohnt sind. Der Reichsfinanzminister, der ja zugleich Reichsfinanzminister ist, wird sich aufs Heftigste dazu äußern müssen, ob mit seinem Einverständnis die Steuerschieber auf solche Weise geschützt werden sollen.

Zentralfstelle für Heimatdienst

Das Zentralkomitee der USPD, beschäftigte sich mit den Mitteilungen im Reichstage, wonach Unabhängige Sozialisten als Vertrauensleute der Z. f. H. tätig sein sollen.

Einstimmig wurde beschlossen, daß die Zugehörigkeit zur USPD, jede Mitarbeit in der Z. f. H. von selbst ausschließt. Falls Parteimitglieder irgendeine Funktion in der Z. f. H. ausüben, werden diese hiermit aufgefordert, die Konsequenzen aus dem Beschlusse zu ziehen.

Die Bezirksleitungen wollen sofort die notwendigen Feststellungen treffen und der Zentrale berichten.

Das Zentralkomitee der USPD

Die Tätigkeit des Hagener Sondergerichts. Das Sondergericht in Hagen i. W. hat seine „Tätigkeit“ beendet, nachdem es an 16 Verhandlungstagen Anklagen gegen 167 Personen erledigt hatte. In 19 Fällen erfolgte Freisprechung, in einem Falle wurde auf Geldstrafe erkannt, und die übrigen Angeklagten wurden zu insgesamt 232 Jahren 3 Monaten Zuchthaus bzw. Gefängnis verurteilt. Das ist das schauerliche Ergebnis, das aus dem Konto der Klassenjustiz des Herrn Ebert kommt.

Neue Landräte. Das Preussische Staatsministerium hat den bisherigen Regierungsrat von Buda zum Landrat im Kreise Redingen (Regierungsbezirk Stade) ernannt. Gleichzeitig ist der Landratsamtsverwalter Milenz endgültig zum Landrat auf Rügen ernannt worden. Milenz ist Rechtssozialist.

Neue Verschärfung in Oberschlesien

Durch die bürgerliche Presse geht die Schilderung eines „zufälligen Augenzeugen“ des Beuthener Zwischenfalls. Danach sei eine größere Menge mit der Truppe bis vor die Kaserne mitgezogen. Man habe „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen und vor dem französischen Offizierskasino „Hoch England!“ und „Nieder Frankreich!“ gerufen. Nun seien französische Offiziere und Mannschaften herausgetrückt und hätten mit Reitpeitschen auf die Menge eingeschlagen. Darauf sei ein Schuß gefallen, durch den ein französischer Major getötet wurde. Es werde sich wohl nie feststellen lassen, wer diesen Schuß abgegeben habe. Die Franzosen hätten jetzt völlig die Befinnung verloren, sie seien mit Bajonetten auf die Menge eingedrungen und hätten ein Feuer auf die Bevölkerung eröffnet. Mehrere Deutsche wurden auf der Stelle erschossen. Der französische Kreiskontrollleur verhängte den verschärften Belagerungszustand, eine Anzahl von Bewohnern wurde als Geiseln verhaftet.

Auch aus dieser Darstellung geht also hervor, daß das französische Militär von der Menge gereizt worden ist. Die Führer der deutschen Parteien lehnen jetzt selbstverständlich jede Verantwortung für die Vorgänge ab, aber es ist ohne Zweifel, daß es dazu nicht gekommen wäre, wenn die deutschnationalen Propaganda nicht für die Erzeugung der Stimmung gesorgt hätte. Der bedauerliche Zwischenfall gibt der nationalstischen Presse in Paris einen neuen Anlaß, sich in gereizter Sprache gegen Deutschland zu wenden und von der deutschen Regierung Sühne zu verlangen. Dazu hat sie allerdings kein Recht; denn das ober-schlesische Abtinnungsgebiet untersteht der Oberhoheit der Interalliierten Kommission, und diese selbst ist dafür verantwortlich zu machen, daß nicht nur der polnische Aufstand endlich liquidiert wird, sondern daß auch alle daraus erwachsenden schädlichen Erscheinungen beseitigt werden.

Nach einer Meldung aus Breslau hat der deutsche Selbstschutz Oberschlesien verlassen und sich in den mittelschlesischen Grenzkreisen konzentriert. Ein Teil der Freiwilligen reist ab, aber ein anderer erheblicher Teil bleibt mit voller Ausrüstung und Bewaffnung in Schlesien und bildet so eine Gefahr nicht nur für die unmittelbar von ihrem Treiben betroffene Bevölkerung, sondern für das ganze Reich. Auf dem Breslauer Hauptbahnhof ist es zu neuen Ausschreitungen von Freikorpsangehörigen gekommen. Weit über hundert Selbstschutzleute, insbesondere Angehörige des Freikorps Oberland langen dort „Heil dir im

NUR noch 3 Tage

SAISON Ausverkauf

Große Preisherabsetzungen in fast allen Abteilungen und andere aussergewöhnliche Gelegenheitskäufe

- Zierschürze in hübschen türkischen Mustern 12⁷⁵
- Damenschürze „Wiener Form“, Dirndlmuster 19⁷⁵
- Damenschürze „Wiener Form“, gestreift oder blau-weiß gemustert 29⁷⁵
- Kleiderschürze mit Ärmel, aus gutem Stoff in verschiedenen Weiten 59⁵⁰
- Taschentuch für Damen, weiß mit Hohlraum 1⁹⁵
- Taschentuch für Herren, Linon, gebrauchsfertig 2⁹⁵
- Taschentuch für Herren, blau-rot und braun mit eingewebter Kante 3⁷⁵
- Staubtücher mit roter Kante 1⁹⁵
- Wischtücher rot oder blau kariert 3⁹⁵
- Handtücher aus Drell, geblickt 10²⁰
- Frottierhandtuch 12⁹⁰

- Herren-Oberhemd** durchweg gestreift, mit Klappmanschetten u. passend. Kragen 54⁵⁰
- Herren-Sporthemd** einfarbiger Nattéstoff, offen und geschlossen zu tragen 58⁵⁰
- Weiche Herren-Hüte** farbig, moderne, breitrandige Formen 48⁵⁰
- Selbstbinder** gestrickt, in grosser Farbauswahl 8⁷⁵

- Damenhemd m. Stickereinsatz 22⁷⁵
- Damenhemd aus vorzügl. Wäschestoff 29⁵⁰
- Kniebeinkleid mit breitem Stickereinsatz 24⁵⁰
- Trikotbadehosen 7⁵⁰
- Badetrikots in schwarz oder blau 24⁵⁰
- Badelaken für Kinder, Kräuselstoff 27⁵⁰

- Handtuchstoff** Gerstenkorn, mit roter Kante Meter 5⁶⁰
- Hemdenstoff** gestreift Meter 7⁹⁰
- Hemdentuch** ca. 50 cm breit Meter 7⁸⁰
- Hemdentuch** besonders schöne Qualität Meter 9⁹⁰

- Bade-Seife Stück 2²⁵
- Eis-Kopfwasser Flasche 5⁹⁵
- Mund-Wasser Flasche 5⁹⁵
- Rasier-Apparate mit gebogener Klinge 10⁵⁰
- Parfüm-Zerstäuber Stück 19⁵⁰

- Turnschuhe mit Chromsohle
- Größe 24-30 31-35 36-41
- 22⁰⁰ 26⁵⁰ 29⁵⁰

- Kinderstiefel R.-Chevreaux oder Rindbox
- Größe 27-30 31-35 36-39
- 78⁵⁰ 87⁵⁰ 115⁰⁰

- Braune Rindleder-Sandalen durchweg Leder
- Größe 27-30 31-35
- 39⁵⁰ 49⁵⁰

Restposten Herren-Kragen
Steh- oder Umlegeformen
Stück **2⁵⁰**

Schlupf-Beinkleider
für Damen, farbig
13⁹⁰

Jandorf

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Theater und Vergnügungen

- Volkshöhle**
Sommerdirektion
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potisch u. Perlmutter
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Maultaschen kriegte
Großes Schauspielhaus
1 Uhr: Die Weber (Ruhig absonnend)
- Berliner Theater:**
Täglich 7.30 Uhr
DAS MILLIARDEN SOUPER
Theater 1. 2.
Königsgräber Str.:
Schauspiel-Gesellschaft
7.30 Uhr: Zum 1. Male: Frau Sultner
Freitag: Frau Sultner
Sonnabend: 7.30
- Romödienhaus:**
Abend 7.30 Uhr
..... Der blonde Engel von Robert Winterberg
Paul Helmsmann u. G.,
Johanna Dora u. Stanislaw
u. G., Jagenan der Straaten,
Frau Marlen, Georg Kofelt,
Kurt Busch, Julius Hogg.
- Theater am Kollendorferplatz**
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
- Reizendz-Theater**
7 1/2 Uhr: Max Uebelvert in 1919 - Ab 2 Uhr
- Trionon-Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fädel
- Kleines Theater**
7 1/2 Uhr: Ciss Limburg in
Nur ein Traum
- Komische Oper**
7 1/2 Uhr: Die Oper
Alt-Heidelberg
- Theat. a. Kottb. Tor**
Pl. Moritzplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elle-Sänger
- 10 Herren! -
Trock. 11-12 u. 1. 1. 1.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a.
Donnerstag, 7. Juli, 7 1/2 Uhr abends
Zum 50. Male:
Der grosse Operetten-Erfolg:
American Girl.

Betriebsräte!
Berufsleistung spottbillig

Wiederverkäufer erhalten Rabatt!
Herbert Rehfeld / Wschaffenburg Str. 12
(Am Dänischen Platz)

Alle Metalle Preiserhöhung!
Sinn! Weltmetallhandel! Bahngelbisse! Reine bis zu 100%
Dringend für Spezialbedarf! Platinabfälle!
Kupfer! Rotgoldschmelze! Gold- u. Silberbruch! gold- u. silberhaltige Rückstände!
Nickel! - Aluminium! Quecksilber!
Stahl! - Stannolpapier! - Isopeter, Silber! -
Gießtrumpfsche bis kauft zu Tageskursen!
Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31.

Tüchtige Verkäuferinnen
für
**Damenkonfektion
Schuhwaren
Baumwollwaren**
sofort gesucht. Meldungen 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
Brunnenstr. 19-21

Schokoladen
Größe 100 g Tafel 3.40
Mitteltafel 3.40
25 g, 50 g, 100 g Tafeln für Glaschokolade, Stangen usw., ebenfalls
Schneider, Nollendorfer Str. 9.

Homöopath.
Juli (1908). Erfolgreich giftfreie Kuren ohne Einspritzungen.
Aries. Ein-hohes (Schulhaus) (10) Oberseefer. 41 (Teleph.) Kurs u. Preis. 80 Pf.

Gänsefedern
100erige, auch ungerissen, aus erster Hand.
Paul Pangelow
Wriszen 15 Gdr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Karl Norden 185, 1230, 1987, 0714.
Heute, Donnerstag, den 7. Juli 1921, vorm. 11 1/2 Uhr, in Rosenhaller Hof, Rosenhaller Str. 11/12

Wahlkörperversammlung
der arbeitslosen Zigarettenmaschinenführer, Mechaniker, Einrichter, und Schraubendreher.
Am Freitag, den 8. Juli 1921, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Prauser, Wulterhauser Str., Ecke Mühlenstraße.

Wahlkörperversammlung
aller arbeitslosen Maschinen- und Hilfsarbeiter.
Am Sonntag, den 9. Juli 1921, vorm. 10 Uhr, in Rosenhaller Hof, Rosenhaller Str. 11/12

Billige Arbeiterstiefel!
gut durchgepariert, neu beschliff.
Schnürschuhe, Paar Mark 35,-
Schaftstiefel, Paar Mark 50,-
solide Gesichtsfäden und Leder aller Art zu außerordentlich billigen Preisen.
Militärmäntel, Röcke u. Hosen zu selbsthaft billigen Preisen.
Gieseler Str. 11, Laden 4. Kranenstr. 28, Ecke Rykestr.
Berlin O., Frankfurter Allee 317
Charlottenburg, Schwanenstraße 31.
Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Neb.-Anschl.)

Tüchtige Verkäuferinnen
für
**Damenhüte
Blumen, Federn
Gardinen
Kleiderstoffe
Baumwollwaren**
sofort gesucht. Meldungen 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abds.
A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Straße 113

Billige Arbeiterstiefel!
gut durchgepariert, neu beschliff.
Schnürschuhe, Paar Mark 35,-
Schaftstiefel, Paar Mark 50,-
solide Gesichtsfäden und Leder aller Art zu außerordentlich billigen Preisen.
Militärmäntel, Röcke u. Hosen zu selbsthaft billigen Preisen.
Gieseler Str. 11, Laden 4. Kranenstr. 28, Ecke Rykestr.
Berlin O., Frankfurter Allee 317
Charlottenburg, Schwanenstraße 31.
Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Neb.-Anschl.)

Zur politischen Lage
Jetzt ak'ue!
Karl Kautsky
Wie der Weltkrieg entstand
Preis 6.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 8-9
Auch in allen Filialen erhältlich

Arbeiter!
für Euere Kinder kauft
Ihr stets gut und billig:
Rindbox-Schnürstiefel alles Leder 68.-
Rindl.-Sandalen Lederkappen, Leder-
beinhölzer, u. 27-30 n. 38.-
nur in
Kaatz Schuh-Engros-Lager
Kein Laden. Münzstr. 101. Kein Laden.

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Groß-Berlin

Praktische Sozialhygiene

Vom Verband der Krankenkassen Groß-Berlins erhalten wir folgende Zuschrift:

Einem dringenden Bedürfnis, namentlich der minderbemittelten Volksschicht, ist der Ruf nach Einführung der Familienversicherung bei den Krankenkassen Groß-Berlins entsprossen. Wenn, wie geplant, die Einführung der Familienversicherung zum 1. Juli cr. sich noch nicht erreichen läßt, so liegt es bestimmt weniger an dem guten Willen der Krankenkassenvorstände, vielmehr wird von der Wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes die Angelegenheit wenig gefördert. Wenn man z. B. Auslassungen von Kassenärzten liest, wie sie von Dr. J. Hirschfeld im „Groß-Berliner Arztblatt“ Nr. 23 veröffentlicht wurden, die sich auch ein erheblicher Teil der Kassenärzte Groß-Berlins zu eigen macht, dann ist eine Zurückweisung derartiger Auffassungen nötig.

Es wird von Dr. J. H. so hingestellt, als wäre die Kassenpraxis für die Ärzte ein schier unerträgliches Joch, ja, als wären die Groß-Berliner Kassenärzte infolge der Kassenpraxis allesamt nahe am Verhängern! — Mögen die Herren, von denen die einschlägigen ihrer Kollegen doch etwas sehr abzurücken, endlich einmal dazu kommen, praktische Arbeit in Berufstragen zu leisten, mit statistischem Material aufzuwarten, damit ihre Angaben von der allgemeinen Not der Ärzte auch einmal nachgeprüft und zur Kritik gestellt werden können. Ehe sie dies nicht tun, müssen wir alle ihre Angaben billig bezweifeln.

Im allgemeinen werden von den Ärzten keine prinzipiellen Gründe gegen die Einführung der Familienversicherung vorgebracht. Den Einwendungen materieller Art versuchten die Kassenvorstände bis zur Höchstgrenze der Leistungsfähigkeit entgegenzukommen. Die Vorstände der Kassen müssen natürlich dabei kaufmännisch rechnen, da ihnen andernfalls die Ausschüsse der Kassen und die übergeordneten Behörden ein wenig in den Arm fallen würden.

Während der bisher gepflogenen Verhandlungen verlangten die Ärzte zunächst die Regelung der Bezahlungsfrage. Dabei schlugen sie vor, diese in der ihnen genehmigten Weise, als Bezahlung für Einzelleistungen, vorzunehmen. Für Kassenpraktiker ist dieser Vorschlag jedenfalls gänzlich undiskutabel. Was als Einzelleistung gelten soll, darüber ist man sich auf beiden Seiten noch nie recht klar geworden, eine Kontrolle darüber kann den Kassen auch vom Ärztebund nicht garantiert werden. Es kann der Arzt, welcher nebenbei auch etwas Geschäftstätigkeit ist, aus einem „Fall“ sowie Einzelleistungen konstruieren, daß bei der evtl. Bezahlung derselben den Kassen schmil werden könnte. Die Vertreter der Ärzte in der Wirtschaftlichen Abteilung des Ärztebundes haben sich auch diese Forderung nicht zu eigen gemacht, und die Verhandlungen wurden um die Bezahlung nach einem Pauschal geführt, das sich in drei Arten zur Ausführung bringen ließe:

- 1. in Form eines Zuschlages zum allgemeinen Pauschale für alle Versicherte;
- 2. als Zuschlag zum Pauschale für alle Mitglieder, die Familienangehörige zu versichern haben;
- 3. als sogenanntes Fallpauschal.

Da die Kassenvorstände sich jedes Experimentierens enthalten müssen, bleibt für sie nur die Form, welche sich nach praktischer Berechnung und Erfahrung am besten bewähren wird — und das ist die Bezahlung nach einem Fallpauschal. Zur Begründung sei angeführt, daß einmal es unmöglich ist, festzustellen, wieviel Mitglieder der einzelnen Kassen Angehörige haben, die den Segen der Familienversicherung in Anspruch nehmen könnten, und wie hoch die Zahl dieser Angehörigen sein kann. Auch die Praxis bei den Kassen, welche heute schon mit Familienversicherung arbeiten, kann nie und nimmer als Maßstab angelegt werden, da die Prozentziffern derart auseinandergehen, daß Schwankungen von 25 bis 93 Prozent vorkommen.

Es wurde also den Ärzten ein Pauschal für den Fall und Monat angeboten, das sich nach eingehender Berechnung im Höchstfall auf 15 Mark ohne und auf 20 Mark mit freier Arztgewährung belaufen kann. Ob überhaupt Arztgewährung gegeben werden kann, darüber brauchen die Ärzte keinen Streit zu führen, denn diese Frage wird lediglich von den Kasseninstanzen nach dem Stand der Kassenfinanzen zu regeln sein.

Daß die Kassen diese Frage sehr reichlich ventilieren müssen, erhebt aus einem kleinen Beispiel: Angenommen, es führt eine Kasse sofort mit der Familienversicherung freie Arztgewährung ein, dann wäre die Inanspruchnahme der Ärzte nicht nach einer niedrigen, sondern nach einer Hochfrequenz vorhanden. Folge: entsprechende Mehrausgabe von Monatsbons und gesteigerte Zahlungen zur Abgeltung des Fallpauschals. Wünscht weiter ein Familienmitglied ein Bad oder ein noch billigeres

Medikament, dann hat die Kasse nicht nur den Preis desselben an den Lieferanten zu zahlen, sondern muß dazu noch den Preis für den Bon rechnen, so daß der Gesamtpreis für das Bad oder Medikament sich um das 10- bis 20fache verteuert.

Unsere Berliner Kassenärzte wissen es nur zu genau, daß die Gewährung freier Arznei- und Heilmittel den Kassen ohne nennenswerte Erhöhung der Beiträge unmöglich ist. Bekannt ist ihnen ferner, daß eine Beitragserhöhung ohne geforderte Zustimmung der Arbeitgebervertreter nicht durchführbar ist.

Das sind die Tatsachen, mit denen nicht nur die Kassenvorstände, sondern auch die Versicherten zu rechnen haben. Man darf wohl annehmen, daß die Berliner Arbeitnehmerschaft intelligent genug ist, um nach Prüfung dieser Darlegungen zu entscheiden, wo ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen werden soll, und wo man aus Berufsegoismus unter Schönfärberei unberechtigte Hoffnungen (weil sie vorzeitig sind) erweckt. In der Zeit ist es, daß die Sache endlich beschleunigt wird, und dazu müssen die Versicherten selbst beitragen. In allen Betrieben muß unter vernünftiger Darstellung das Wie und Weshalb erörtert werden, damit den Kassenvorständen seitens der Versicherten der Rückhalt geboten wird, auf den sie nicht verzichten können und wollen. Fest steht die Tatsache, daß die Einführung der Familienversicherung kommt. Wenn nicht mit dem Bund der Ärzte, dann gegen ihn. Hoffen wir, daß auch diesmal noch eine Einigung gefunden wird, die beide Teile wieder daran arbeiten läßt, praktische Sozialhygiene zu treiben!

Zum Streit der Gutsarbeiter

Wie wir erfahren, finden heute um 2 Uhr nachmittags Verhandlungen mit den örtlichen Parteivorständen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftskommission von Berlin statt, um den Streit zum Abschluß zu bringen.

Da eine große Gefahr vorliegt, wenn durch den Gutsarbeiterstreik weitere städtische Betriebe in Mitleidenschaft gezogen würden, so ist zu hoffen, daß die Verhandlungen ein Resultat zeitigen, die einen friedlichen Abschluß in der strittigen Angelegenheit gewährleisten.

Eine Untersuchungskommission auf den städtischen Gütern. Der Magistrat Berlin hat eine Kommission gewählt und beauftragt, wegen der Lieferungen von Deputaten auf den städtischen Gütern an höhere und mittlere Beamte, Angestellte und Arbeiter genaue Erhebungen anzustellen, die Beschwerden über ungleiche Lieferungen zu prüfen und wegen der Regelung dieser Lieferungen mit den Beteiligten zu unterhandeln.

Angst vor der Wahrheit

Ein kappistischer Lügen-Bürgermeister.

Der bis zum Abschluß eines schwebenden Disziplinarverfahrens vom Amt suspendierte Bürgermeister von Oranienburg, Dr. Heine, hat sich während der Kappwoche offen auf die Seite der Kapp-Banden gestellt und durch Erzählung von Lügenmärchen Truppen nach dem durchaus ruhigen Oranienburg geholt. Durch wahrheitswidrige Angaben veranlaßte dann diese deutsch-nationale Blüte die Verhaftung einiger Parteigenossen. Ein Flugblatt, herausgegeben von den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien Oranienburgs, das den Bürgern die Augen über das Stadtoberhaupt öffnen sollte, wurde von Dr. Heine eigenmächtig beschlagnahmt. Eine Protestdemonstration der Oranienburger Arbeiterschaft forderte die Herausgabe des Flugblattes. Der wahrheitsliebende Bürgermeister erklärte jedoch, es nicht mehr zu besitzen. Das war eine faule Lüge, denn als der Landrat die Herausgabe des Flugblattes anordnete, tauchte es plötzlich wieder auf.

Anlässlich der Herausgabe des Flugblattes, so behauptet der Bürgermeister, sei er gestochen, des Diebstahls und der Lüge beichtigt worden. Deshalb erhob er Strafantrag wegen Beleidigung gegen den Vorsitzenden unserer Oranienburger Stadtverordnetenfraktion, Genossen Schöof, und dessen Vater. Zu dem für Mittwoch angelegten Termin hatte der Rechtsbeistand der Angeklagten, Genosse Dr. Siegfried Weinberg, einen umfangreichen Wahrheitsbeweis dafür angetreten, daß Dr. Heine nicht nur in vorliegender Angelegenheit, sondern auch sonst sich wiederholt größtmöglicher Unwahrhaftigkeit befleißigt habe. Durch Ladung des Gymnasialdirektors Paarmann wurde unter Beweis gestellt, daß Dr. Heine von dem Zeugen während der Kappwoche verlangt habe, er möge sofort unseren Genossen Schöof verhaften. Nach der Festnahme solle der Zeuge dann ein Gedränge inszenieren, und bei dieser Gelegenheit solle er Schöof nach gewissem Vorbild über den Laufen schleifen. Bei Gericht sollte der Zeuge seine Handlung dann als einen Akt der Notwehr hinstellen. Noch weitere Lügen und ähnliche Tugenden des Bürgermeisters waren bei einer Verhandlung in die Öffentlichkeit gekommen; der Herr Bürgermeister zog es aber vor, unentschiedigt der Verhandlung fernzubleiben. — Der Verteidiger bemerkte färlastlich, daß der Herr Bürgermeister wohl nicht eher zur Verhandlung erscheinen werde, bis das Gericht die belastenden Zeugen abbestellt habe. Auch wir schließen uns dieser Ansicht an.

Nach halbständigem Warten auf den Oranienburger Bürgermeister, und nachdem festgestellt worden war, daß Dr. Heine

die Ladung zur Verhandlung erhalten hat, verzweifte das Gericht Dr. Heine wegen seines Ausbleibens zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft und zu den Kosten des Termins. Die Verhandlung findet nach den Gerichtstagen statt.

Vom Wohnungselend

Wie leicht man der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt ist, wenn man sich an Beamte der Wohnungsinspektion heranmacht, um deren Interesse für Wohnungsgeluche zu erwecken, zeigt der vor dem Schöffengericht verhandelte Fall des Angeklagten August Stahl. Dieser wohnte mit seiner Ehefrau und einem Kinde in der Hufschmiedstraße in einer kleinen Wohnung, die im allgemeinen für Wohnungszwecke ungeeignet schien, da sie feucht war. Als die Ehefrau einer Entbindung entgegenah, wurde der Angeklagte bei der zuständigen Wohnungsinspektion um Zuweisung einer anderen Wohnung vorstellig und meldete sein Gesuch als dringlich an.

Darüber verging längere Zeit, ohne daß er mit seinem Gesuch Erfolg hatte. Als er zufällig festgestellt hatte, daß in einem Hause Charlottenburger Ufer eine für ihn passende Wohnung frei wurde, ließ er von dem einen Wohnungsamt, das in Charlottenburg gelegen ist, zu dem für ihn zuständigen Wohnungsamt in Berlin, um eine Einigung der beiden Wohnungsämter herbeizuführen; diese nahm aber so lange Zeit in Anspruch, daß inzwischen die freigewordene Wohnung, die er ermittelte hatte, besetzt wurde. Als nun der Angeklagte eines Tages einen Beamten der Wohnungsinspektion traf, bot er ihm einige hundert Mark an mit der Bitte, sich für sein Gesuch zu interessieren. Das führte zu einer Anklage wegen Beamtenbestechung.

H. A. Dr. Halpert verlangte die Freisprechung des Angeklagten, weil die auf Privatdienstvertrag Angestellten der Wohnungsämter keinerlei Beamtenqualität hätten und überdies mangels jeder Uniform, jeder Titulatur und sonstiger Merkzeichen für Beamtenähnlichkeit als Hilfsdienstpflichtige im Publikum angesehen würden. Im übrigen wies der Verteidiger darauf hin, daß eine Bestrafung nur erfolgen könnte, wenn das Anerbieten eine Verletzung der Amtspflicht bezweckte. Die Absicht des Angeklagten sei aber lediglich gewesen, den Angeklagten, von dem er glaubte, daß er irgendwelchen Einfluß auf Weitergabe seines Gesuchs hätte, zu eifrigerem Interesse an der Behandlung seiner Angelegenheit anzuspornen. — Das Schöffengericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach den Angeklagten frei.

Uebersichtsplan für den Verwaltungsbezirk 14. Mit der Bildung der Einheitsgemeinde Berlin hatte sich die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Uebersichtsplanes für den Verwaltungsbezirk 14, umfänglich die ehemalige Stadtgemeinde Neukölln und die Landgemeinden Brih, Budow und Rudow, herausgestellt. Das Städtische Vermessungsamt Neukölln hat sich dieser Arbeit unterzogen und ein Werk herausgebracht, das den Anforderungen, die an einen Uebersichtsplan zu stellen sind, voll und ganz genügt. Die Anfertigung des Planes erfolgte nach Unterlagen in den Maßstäben 1:1000, 1:2000, 1:2500, 1:3000, 1:4000, 1:5000, 1:8000 und 1:20000 und war insofern mit Umständen verknüpft, als die Unterlagen größtenteils veraltet waren. Sie mußten zunächst auf den neuesten Stand gebracht und in den Maßstab des Uebersichtsplanes 1:10000 umgearbeitet werden. Der neue Uebersichtsplan weist das zum Verwaltungsbezirk 14 gehörige Gebiet nach mit seinen Straßen, Eisenbahnen, Straßenbahnlinien, öffentlichen Gebäuden und den neuesten festgelegten Bebauungsplänen. Ferner sind ersichtlich der Einzelbesitzstand und die Anschlüsse an die benachbarten Gemeinden. Der neue Uebersichtsplan hat bei den Interessenten, Behörden wie Privatpersonen, Anklang gefunden. Der Verkaufspreis von 20 Mark muß im Hinblick auf die gute Ausführung als recht niedrig bezeichnet werden.

Betriebsänderungen bei der Straßenbahn. Am 7. Juli d. J. treten im Betriebe der Linien A, 76 und 79 die folgenden Änderungen ein: Die Wagen der Linie A verkehren nur zwischen Linienstraße und Halensee, Brechtstraße. Die Linie 76 wird von Rothen im Schleifenbetrieb über Hagenstraße, Hundeshöhe, Königsallee, die Linie 79 wird unter der neuen Linienbezeichnung „176“ von Hundeshöhe im Schleifenbetrieb über Hagenstraße, Rothen, Hubertusallee weitergeführt, beide Linien mit kurzer Haltezeit an der Haltestelle Hundeshöhe. Abends verkehren zu den Zeiten 10.42, 10.57, 11.12, 11.27 und 11.45 Wagen der Linie 176 ab Linienstraße über Hagenstraße und Pichowstraße nach Hundeshöhe. Für Fahrten innerhalb der Schleife in der Kolonie Grunewald wird der einfache Fahrpreis erhoben. Die Linien 77 und 78 verkehren vom gleichen Tage an in Abständen von 30 Minuten, so daß die Züge beider Linien sich zu einem 15-Minutenbetriebe ergänzen.

Unfall, Selbstmord oder Verbrechen? In einer Vorortbahnstrecke in der Nähe der Bahnhofsstraße 76 fand gestern der Bahnwärter Fahlberg einen kreisförmig ausgerichteten Mann, zwischen den Schienen liegend, tot auf, nachdem kurze Zeit zuvor der Vorortzug Nr. 2536 vorbeigefahren war. Dem Manne waren der linke Unterarm und der rechte Fuß abgefahren. Außerdem hatte er schwere Kopfverletzungen erlitten, die auch den Tod herbeigeführt haben dürften. Nach vorgefundenen Karten scheint der Tote mit dem Postkassierer Hartwig identisch zu sein. Der Tod des Fall bedarf noch der Aufklärung.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Vogel findet am Donnerstag, den 7. Juli 1921, in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr.

Saison-Ausverkauf

Nur noch 3 Tage

Donnerstag · Freitag · Sonnabend

Damenkleidung · Damenwäsche · Tisch- u. Hauswäsche · Herrenkleidung · Herrenwäsche · Kinderkleidung · Baumwollwaren · Leinen · Weißwaren · Seide · Kleiderstoffe · Waschstoffe · Trikotagen · Strümpfe · Lederwaren · Gardinen · Korbmöbel · Teppiche

Reste
Abschnitte
und
Restbestände

W. Strael

GEOR. 1815 · BERLIN C · KÖNIGSTR. · SPANDAUERSTR.

Gewerkschaftliches

Einigen in die Gewerkschaften!

Von allen Seiten bekommen wir Klagen und Mitteilungen über Löhne und Gehälter, die in privaten, staatlichen und Gemeindefabriken bezahlt werden, die weit unter dem Existenzminimum stehen. Teilweise sind es Klagen von Arbeitern und Angestellten, die gewissen Standesorganisationen angehören, die in erster Linie darauf bedacht sind, für die höheren Angestellten Vorteile herauszumirakeln, während das Personal — leer ausgeht.

Wir haben die Zuschriften aus den verschiedensten Betrieben, wie Post usw. bekannt. Ein Hilfsbote der jüdischen Gemeinde z. B. teilt uns mit, daß während für die — Rabbiner „säkularisierte“ bewilligt wurden, er mit 950 M., von denen ihm ganze 750 M. zum Leben für sich und seine Frau übrig bleiben, vorlieb nehmen muß.

Mit der Veröffentlichung all dieser Klagen allein ist nichts getan. Gerade diese wirtschaftliche Misere muß allen Arbeitnehmern die Erkenntnis einhämmern, daß sie sich nur durch eigene Kraft bessere Lebensbedingungen erkämpfen müssen. Aus eigenem Antrieb hat noch nie ein Unternehmer oder irgendein staatliches Institut seinen Angestellten auskömmliche Lebensbedingungen zugesprochen, sondern nur im strengen Kampf konnten Vorteile errungen werden.

Staats- und kapitalistische Betriebe sind keine — philanthropischen Einrichtungen, sondern Unternehmungen, die eine große Profitrate abwerfen sollen. Alle Arbeitnehmer sind „Hände“ oder „Köpfe“, die man möglichst billig entlohnt. Das ist die Maxime jedes Betriebs in der heutigen besten aller Welten. Diese Binsenweisheiten müssen alle Arbeitnehmer erkennen und — danach handeln. „Gewerkschaften“, die Standesbündeleien pflegen, sind zu meiden und nur die streikgewerkschaftlichen Organisationen für Hand- und Kopfarbeiter kommen in Frage, denen sich restlos alle Unternehmer anzuschließen haben. Nur mit Hilfe dieser Organisationen wird es möglich sein, durch Anwendung aller zur Verfügung stehenden Machtmittel annehmbare Arbeits- und Lebensbedingungen für die in Frage kommenden Schichten zu erkämpfen. Nicht ohnmächtig klagen, sondern bewußt handeln, das ist die Forderung des Tages. Also hinein in die Gewerkschaften! Schließt die Reihen bis zum letzten Mann.

Begrenzung der Schweigepflicht der Betriebsräte

Der Kölner Schlichtungsausschuß hatte über die Zulässigkeit einer Kündigung zu entscheiden, die gegen ein Betriebsratsmitglied ausgesprochen worden war, weil dieses im Verlaufe einer Lohnbewegung in Versammlungen Angaben über Preise machte, die von der Kundschaft einer Firma bezahlt wurden. Der Schlichtungsausschuß verneinte die Berechtigung der Kündigung, und zwar aus folgenden Gründen: „Es mag dahingestellt bleiben, ob die dem Antragsteller zur Last gelegten Handlungen vorgefallen sind oder nicht. Selbst wenn der Antragsteller in der Versammlung Angaben gemacht hat über die Preise, die von den Kunden seitens seiner Firma gezahlt werden, so liegt nach Ansicht des Schlichtungsausschusses ein Vertrauensbruch deshalb nicht vor, weil der Antragsteller die Angaben nicht der Konkurrenz der Antragstellerin, sondern lediglich während eines Lohnkampfes in Wahrung berechtigter Interessen in einer Versammlung von Arbeitnehmern gemacht hat; lebhaftig deshalb, um den Nachweis zu erbringen zu können, daß die Arbeitgeber in der Lage sind, die beantragten Löhne zu zahlen. Ein wichtiger Grund der Kündigung, liegt demnach nicht vor, die Kündigung ist unzulässig.“

Generalfreie der Bankbeamten in der Tschechoslowakei

Der Generalfreie der Banken in der Tschechoslowakei, an dem mehr als 14 000 Angestellte beteiligt sind, dauert mit unerminderter Stärke fort. Zahlreiche Prokuristen und Direktorenstellvertreter haben sich den Streikenden angeschlossen. Der Handelsverkehr stockt völlig. Die Börse ist lahmgelegt. Kurie werden nicht mehr festgesetzt. Die Beamtenschaft der Sparkassen, der Staatsnoteninstitute sowie der Postämter stehen zum sofortigen Eintritt in den Kampf bereit, falls es die Lage einer Lösung des Streiks erforderlich machen sollte. Das Streikobjekt ist ein rein ideelles. Es handelt sich um die Erlangung des Mitbestimmungsrechtes der Angestellten bei Neueinstellungen, Beförderungen und Entlassungen. Weil der Verband der tschechischen Bankleitungen dieses Mitbestimmungsrecht verweigerte, traten die Angestellten der tschechoslowakischen Institute geschlossen in den Streik. Die Angestellten und Beamten der deutschen Banken, organisiert im Verband der Bank- und Sparkassenbeamten in der Tschechoslowakischen Republik, erklärten den streikenden tschechischen Kollegen ihre Sympathie und verhängten über die Konten der

bestreikten Banken die Sperre. Jetzt droht der Verband der deutschen Banken, die Angestellten, die sich weigern sollten, Streikarbeit zu leisten, mit der Aussperrung. Als Antwort darauf traten die tschechischen Angestellten auch der deutschen Banken in Prag und in der Provinz geschlossen in den Generalfreie. Die Solidarität der Streikenden ist glänzend. Streikbrecher sind nicht vorhanden. Die beiden Schulten an Schulten kämpfenden Organisationen der deutschen und tschechischen Bankbeamten haben ihre nationalen Gegenläufe bei Seite gelegt. Angesichts der Tatsache, daß die Bankbeamten in der Tschechoslowakei über die schlagkräftigste Organisation verfügen, die überhaupt denkbar ist — alle Beamten vom stellvertretenden Direktor bis zum letzten Büroangestellten sind best organisiert — kann der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein.

Zur Nachahmung, soweit die gewerkschaftliche Geschlossenheit und Aktivität in Frage kommt, den deutschen Bankangestellten empfohlen.

Generalversammlung der Fleischer

Am Dienstag, den 5. Juli, fand die ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer statt.

Gäbler gab den Geschäftsbericht für die Zeit von Januar bis Juni. Durch die erfolgte Aufhebung der Zwangswirtschaft hat sich das Fleischergewerbe etwas gehoben. Die Freigabe der Dauerwarenherstellung brachte den größeren Betrieben Beschäftigung. Die Haupttätigkeit des Verbandes bestand in der Arbeitsbeschaffung. 1500 Kollegen sind zur Zeit noch arbeitslos, nur im Darmgewerbe und im Verkauf ist genügend Arbeit vorhanden. Durch die Einrichtung des städtischen Fleischverkaufs wird der Arbeitslosigkeit etwas gesteuert werden. Die Lehrlingszählerei hat in Berlin eingelegt. Während im Vorjahre nur etwa 200 Lehrlinge beschäftigt wurden, hat sich die Zahl auf 600 erhöht. Durch Ministerialverordnung darf nur noch ein Lehrling bei einem Meister beschäftigt werden. Die Gesellen müssen für Aufführung und für Einreihung der Lehrlinge in die Organisation sorgen.

Die wirtschaftliche Lage war für Lohnkämpfe nicht geeignet. Die Tarife, die zwischen 260 und 250 M. stehen sind als allgemeinmäßig erklärt worden. Besonders im Lendenfleischergewerbe ist dringende Arbeit und Aufführung notwendig.

Die Mitgliederzahl hat sich gehoben, doch ist die Fluktuation durch den Abgang in andere Berufe groß. Für die nächste Zeit ist eine Lohnbewegung zu erwarten, da die Löhne nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst sind. Es wird auch notwendig sein, gegen die Beschneidung der Rechte der Arbeiterschaft durch die neue Schichtungsordnung, aufzutreten. Dazu ist aber vor allen die Einheit und die Geschlossenheit der Organisation notwendig.

Nach kurzer Diskussion gab Voss den Bericht über die im Mai stattgefundene Beiratskonferenz. Es wurde Stellung genommen zu dem Tarif, Arbeitslohnfrage und zur Frage des Lehrlingswesens. Ein Antrag auf Einsetzung einer Preiskommission wurde abgelehnt, deshalb unterbreitete der Referent nochmals diese Forderung der Generalversammlung.

In der eingehenden Diskussion wurde von den Kommunisten der lautmächtige Urban aus Halle heraneholt, der sachlich nichts zu sagen hatte, noch an den Bericht etwas auszusprechen fand. Aber der Vorstand mußte es sich vor dieser „Größe“ gefallen lassen, heftige Kritik zu empfangen und schwarz auf weiß es sich besorgen zu lassen, daß die Mitglieder das — Vertrauen zu ihrem Vorstand verloren hätten, nicht etwa, daß Urban seinen — Verband verlor. ... Redner überschritt seine ihm zugewiesene Redeseite und provozierte erregte Zwischenfälle, so daß der Versammlungsleiter Schmidt die Tagung schloß.

Hungerlöhne bei einer Angestelltenorganisation

Eine der wichtigsten Aufgaben jeder Gewerkschaft muß es sein, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine auskömmliche Entlohnung der Arbeitnehmer einzutreten. Man muß darüber hinaus verlangen, daß diese Organisationen wenigstens ihren eigenen Angestellten einen auskömmlichen Arbeitslohn sichern. Es befremdet daher außerordentlich, wenn man hört, daß selbst eine „Gewerkschaft“ ihren Angestellten Gehälter zahlt, die jeder Beschreibung spotten. Der Gewerkschaftsband der Angestellten (Hirsch-Dunker) entlohnt einen verheirateten 32 Jahre alten Gewerkschaftssekretär mit 750 M. brutto pro Monat. Dieser Beamte schreibt der Leitung seines Verbandes:

„Die Bezahlung an uns Ruhebeamte ist bei den gestellten Anforderungen ein Standa! Nur solche Beamte darben nicht, deren Ehefrauen noch arbeiten. Traurig ist es bestellt, wenn entgegen der gesetzlichen Bestimmungen sogar Frauen von Gewerkschaftsbeamten arbeiten müssen und somit der Kampf gegen die große Erwerbslosigkeit isoliert wird. Und eine bittere Ironie ist es gar, wenn in der Industrie die Ehefrau eines GdA-Beamten besser bezahlt wird als dieser in seiner Gewerkschaft.“

Es ist nun nicht etwa dieser eine Angestellte, der sich über die miserable Bezahlung bitter beklagt. In einem Briefe des Geschäftsführers für Oberhesslen-Kord an den Geschäftsführer des GdA. in Frankfurt a. M. heißt es u. a.:

„Wenn die Gehälter der Geschäftsführer nicht bedeutend höher werden, können für solche Posten eigentlich nur Kommerzienräte in Frage kommen, die einen hübschen Zuschuß von Batern bekommen.“

Es ist da zu verwundern, wenn sich Angestellte dieser Organisation gegenseitig vorwerfen, unlaute Rebeneinkünfte zu beziehen.

Hofarbeiter!

Am Freitag, den 8. Juli, abends 6 Uhr, finden in Groß-Berlin zehn Mitgliederversammlungen statt. Tagesordnung: Berichtserstattung der Delegierten vom Verbandstag in Hamburg. Es wird allen Kollegen zur Pflicht gemacht, die Versammlungen pünktlich zu besuchen. Näheres siehe „Mittellingsblatt“ vom 2. Juli 1921.

U.S.P. Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes

Heute abend, 7 Uhr, findet in Allems Festjulen, Halensheide, eine Versammlung der im Metallarbeiter-Verband organisierten U.S.P.-Mitglieder statt. Tagesordnung: Der Verbandstag in Jena und Aufstellung der Delegierten. Partei- und Gewerkschaftsbund legitimiert. Sympathisierende Kollegen und Kolleginnen können durch Genossen eingeführt werden. Zahlreiche und pünktliches Erscheinen erwartet. Bezirksverband Berlin-Brandenburg U.S.P.

Buchdrucker. Der Aktionsausschuß der Opposition der Buchdrucker, der auf dem Boden des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes steht, brachte in der am 4. Juli tagenden Generalversammlung des Berufs Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer eine Resolution ein, in der mit Bedauern festgesetzt wurde, „daß die letzten Verhandlungen im Tarifauschuß die auf eine zentrale Lohnregelung gezielten Hoffnungen nicht erfüllt haben“. Ein großer Teil der Kollegen äußert, heißt es weiter, ist von jeder Weiterstellung ausgeschlossen worden, und das positive Ergebnis des Schiedsgerichts sei wertlos. Damit wäre derselbe unannehmbar. Dem Schiedsgericht soll die Zustimmung verweigert und die Entscheidung durch Urabstimmung in die Hände der Berliner Kollegen gegeben werden.

Streik bei der Studiengesellschaft im „Oram-Konzern“. Bei der Studiengesellschaft stehen die Glasbläser schon drei Wochen im Streik. Ihr Kampf ist gerechtfertigt, denn fünf Kollegen fordern nur denselben Lohn, den die übrigen drei Kollegen schon hatten. 6,80 M. Stundenlohn. Ihre Forderungen, die angeht die ungeheuren Verteuerung der Lebenshaltung sehr minimal sind, wurden vom Schlichtungsausschuß, der ja bekanntlich mehr die Interessen der Unternehmer vertritt, abgelehnt, und an eine paritätisch zusammengesetzte Spruchkommission verwiesen. Auch dieselbe konnte unsere Forderungen nicht anerkennen. Die Glasbläser traten nacheinander in den Streik, der sanktioniert ist. Am 27. Juni wurde nochmals verhandelt. Die Betriebsleitung verlangte Annahme von Akkord. Da aber unserer Ansicht nach für dauernden Akkord nicht garantiert wird, lehnten wir diese Bedingungen, die ja mit unserer Forderung nichts gemein haben, einstimmig ab. Die Betriebsleitung droht mit Aussperrung der Belegschaft und versucht durch Annoncen Glasbläser heranzuziehen. Dies wird aber mit allen Mitteln verhindert. Kollegen übt Solidarität mit euren kampfenden Brüdern! Die Streikleitung.

Strafe für Betriebsräte. In der Nr. 284 brachten wir eine Notiz, die sich mit der Firma Többer in Borsigwalde beschäftigte, die einen Arbeitslosen einstellte, ihm bereits die Arbeit anwies und auf einmal wieder alle Abmachungen rückgängig machte. Hierfür sind Zeugen vorhanden, und das Gericht, das vom Metallarbeiter-Verband, der die Interessen des Arbeitslosen vertritt, angerufen wurde, wird ja Gelegenheit finden, die Sache nachzuprüfen. Die Firma aber glaubt, mit dem § 11 des Preßgesetzes die Dinge aus der Welt zu schaffen.

Es ist unklar, daß der betr. Arbeiter meinerseits eingestellt und demselben bereits Arbeit übertragen wurde. Der betr. Angestellte fragte den Arbeitslosen nach seinen Leistungen und erklärte ihm die hier in Frage kommenden Arbeiten. Der zur gleichen Zeit eingestellte Arbeiter Reele wohnte der Verhandlung bei und kann als Unparteiischer bezeugen, daß von einer Einstellung des Arbeitslosen überhaupt keine Rede war. Da der betr. Arbeiter nach seiner bisherigen Verwendungsart für die in Aussicht genommenen Arbeiten nicht geeignet erschien, wurde von einer Einstellung Abstand genommen. Daß der Arbeitslose als Betriebsrat bei einer anderen Firma tätig war, ist mir gänzlich unbekannt, und habe ich selbiges erst jetzt durch ihren Bericht erfahren. Es wird sich ja erweisen, ob unsere „einseitige“ Mitteilung ihre Richtigkeit hat oder die „Berichtigung“ obiger Firma.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine Stimme fragte: „Ist jemand da?“ Jaghaft antwortete er: „Der Peter.“ „Komm doch zu mir!“

So vorsichtig Peter auch auftrat, seine beiden Jungenknieel knarrten, und er verwünschte ihre starken Sohlen.

Wie hatte Peter sonst immer ihre hellen Stuben geliebt! Wie traulich erschienen sie ihm mit den alten polierten Möbeln! Hier das große einladende Sofa, das förmlich mit ausgebreiteten Armen dastand, um einen lieblich aufzunehmen; der ernste, gönnerhafte und doch gemütsreiche bauchige Schreibtisch, dort der steife, gravitätische Schrank, der so neckische Weine machte, als wollte er sagen: „Oh, ich bin gar nicht so, mein Lieber!“ Diese glänzenden Stühle, die auslachen, als rümpelten sie sich zu steilen Verbeugungen — er liebte diese Zimmer an Sonntagen, wo das Licht förmliche Tänze auf der blanken Politur des Holzes aufführte, an Herbsttagen, wenn eine weiche, zärtliche Sonne sich über den grünen Teppich streckte, im Winter, wenn die blendende Helle vor den Fenstern stand, oder im Frühling, wenn der Geruch der Weiden, die unten blühten, wie eine schwere Wolke im Zimmer lag und der Hochwald im jungen Buchengrün wie Smaragd zu glänzen anfang. Er hatte das alles auch draußen, aber es war etwas Anderes, es im Zimmer der Mutter zu genießen. Die Dinge bekamen erst Leben, wenn man sie mit ihr betrachtete.

Heute aber war nichts von alledem in seiner Seele. Trübe schaute er unter sich.

„Setz dich hierher neben mich.“ Schen gab Peter seiner Mutter die Hand und sah sie kurz an. Das sie ihm denn nicht die Gedanken von der Stirne? Mühte sie nicht ahnen, was er soeben da unten gehört? Wie blaß und schwach sie aussah! War es denn wirklich wieder so gewesen? —

Peter erinnerte sich an eine fürchterliche Nacht, vor ein paar Jahren war's, in der er durch Schreien und Klagen geweckt worden, die aus dem Zimmer seiner Mutter kamen. Ein eiliges Laufen entstand im Haus, er hörte unterdrücktes Sprechen, die Türen gingen auf und zu, die Treppen knarrten, ein Wagen fuhr vor und rasselte in die pechschwarze Vorfrühlingsnacht hinaus — schreiend und schluchzend stürzte er hinunter, aber die Mäde brachten ihn weg

in das Zimmer seiner Schwestern, die sich schlaftrunken dehnten, ein wenig murrten und wieder fest weiter schliefen. Nur er hörte das Stöhnen lange Zeit, während er mit gefalteten Händen dalag und sinnlose Worte als Gebet aneinanderreichte. —

Endlich, es wollte schon Tag werden, rasselte der Wagen wieder vor, er hörte Männer Schritte auf der Treppe, einen Schrei noch, der ihn wie ein Hieb traf, dann blieb es still und endlich, endlich kam der Schlaf.

Am Morgen sagte man ihm, daß ein kleines Schwesterlein gekommen und die Mama sehr krank sei. Man zeigte ihm auch das kleine Ding, das ihm herzlich gleichgültig war; ebenso machte es später keinerlei Eindruck auf ihn, als es starb.

Er erinnerte sich dunkel, schon einmal ein kleines Kind im weichen Totenhemdchen im „Salon“ gesehen zu haben; der Zusammenhang zwischen der kleinen Leiche und der Krankheit der Mutter kam ihm aber erst nach dieser schrecklichen Nacht. Was war das alles häßlich, abscheulich und beunruhigend! Er wagte gar nicht weiter zu denken, so verwirrend und fürchterlich erschien ihm diese Sache.

Diese zarte Mutter, aus ihrem armen Leibe sollte das Kind kommen, unter diesen gräßlichen Schmerzen?

Es war nicht auszudenken! Hätte er doch nichts von all dem gewußt! Er hätte sich die Ohren verstopfen und jeden Prügeln mögen, der ihm damit kam; die Mäde, die lachend vor ihm darüber sprachen, die Kameraden, die Ungeheuerliches wußten, vor allem aber die Schwestern, die dorthin so häßlich darüber geredet hatten.

Wie konnte er denn seine Mutter jetzt ansehen wie sonst! Es war ihm zumut, als habe er ihr etwas zu verbergen, ihr etwas abzuhüten.

„Peter, was hast du? Geh, schau mich an,“ bat sie. „Ich habe dich rufen lassen, weil ich dich gar nicht mehr allein sehe. Dein Vater klagt über dich, und deine Schwestern klagen auch. Siehst du, das macht mich unruhig, denn ich meine, dich besser zu kennen — du bist nun ein großer Bursche.“ — „Komm näher, ich kann nicht so laut reden — du mußt verstehen lernen, daß man sich auch in andere schämen muß: Ich möchte so gern ein wenig Freude haben. Nach mir Freude, Peter, sei nicht störrisch, nicht eigenwillig, gib nach, oh man muß so viel nachgeben im Leben! Du kannst anders sein, ich weiß es! Wir haben sowieso viel zu viel Verdruß mit Heinrich.“

Peter wurde weich. Oh, gewiß wollte er ihre Freude machen! Aber die andern — nein! Er fühlte sein Herz

hart werden. Er war nicht störrisch, er war nicht eigenwillig, — um seinen Preis hätte er antworten können.

„Du wilst nicht, Peter? Warum wilst du mich traurig machen?“

Wenn er nur hätte schreien und stampfen und brüllen dürfen! Es war ja nicht zum Aushalten! Immer war er schuld, und es waren doch die andern! Die quälten ihn und machten ihm alles unmöglich. Wie konnte er ihr das sagen?

„Nicht einmal mir zulieb wilst du nachgeben, Peter?“

Nein, und dreimal nein, er wollte nicht! Niemals wollte er sich verstellen, niemals wollte er kriechen.

„Run?“

„Die andern,“ brachte er mühsam heraus, aber es klang trozig.

„Die andern! Peter, ich habe gedacht, du bist nicht wie sie. Sprichst du nun auch so: Du bist schuld! Ich hasse dies Wort der Feilschaft. Hat denn niemand den Mut, auch einmal eine Schuld auf sich zu nehmen, auch du nicht? Geh doch deinen Fehler ein, es ist so menschlich zu fehlen.“

Peter machte einen schwachen Versuch, sich zu wehren, gab ihn aber sofort wieder auf. Es war ja ganz gleichgültig, zu was denn? Wenn die Mutter auch nicht mehr an ihn glaubte —

„Du wilst also nicht?“

Noch einmal nahm Peter einen Anlauf, doch die Worte würgten ihn im Halbe; er schüttelte nur mit dem Kopf.

„Dann geh, geh losfort!“

Diesen Ton hatte er noch nie von seiner Mutter gehört. Ganz blaß stand er auf. Stürzte denn nicht die Decke über ihm zusammen? Sie glaubte nicht mehr an ihn! Es war wie eine Vertreibung aus dem Paradiese, als er durch die Wohnstube ging, wie wenn er all die alten lieben, lieben Sachen nicht mehr sehen sollte.

Rief sie nicht? — „Peter!“

„Ich muß dir noch etwas sagen.“

Es war wohl die alte gütige Stimme, aber sie klang bitter. „Dein Vater wünscht nicht, daß du im Herbst auf die landwirtschaftliche Schule kommst, wie es beschlossen war. Heinrich hat Streiche gemacht, und der Vater will dich nicht auch noch aus der Hand geben. Du sollst Stunden bekommen.“

Sie legte müde den Kopf zurück, den sie ein wenig gehoben hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Preussischer Landtag

Mittwoch, den 6. Juli.

Präsident Weizsäcker macht folgende Mitteilung: Der Aelterenrat hat mit Rücksicht darauf, daß die Tagung am 15. Juli abhelft, beschlossen, den Haushalt des Ministeriums des Innern von der Tagesordnung abzusehen und dafür u. a. einzustellen: die Fortsetzung der Beratung der Anträge über Groß-Berlin, über das Ueberalterungsgesetz und über die Erhöhung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger aus den besetzten und abgetretenen Gebieten.

Das Haus erklärt eine Reihe von Eingaben gemäß den Ausschlußbeschlüssen für erledigt. Das Strafverfahren gegen den Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (B.K.P.) wird eingestell. — Der Gesetzentwurf über die Verteilung der Zuständigkeiten des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten auf das Landwirtschaftsministerium und das Handelsministerium wird in zweiter und dritter Beratung ohne Aussprache unverändert angenommen. — Der Verordnung über Erhöhung der Eisenbahnfahrtskosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten stimmt das Haus zu. — Der Gesetzentwurf betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel für die Erweiterung und Einweisung des Fischereihafens zu Geestmünde wird dem Hauptausschuß überwiesen. — Es folgt die Abstimmung über den Haushalt der Domänenverwaltung. Der Haushalt wird im ganzen angenommen, nach Maßgabe folgender Beschlüsse: Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden entsprechend dem Antrag des Hauptausschusses um 7 Millionen erhöht, darunter befinden sich Erhöhungen der Ausgaben für Landgewinnungsarbeiten im Regierungsbezirk Schleswig und für solche an der ostpreussischen Küste. Annahme findet auch der Antrag des Ausschusses auf Erhöhung der Einnahmen um 10 Millionen.

Damit ist der Domänenhaushalt erledigt. Es folgt die Beratung des Entwurfs über die Stärkung der

Selbständiger Teil der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin

Abg. Dr. Abel (U.S.): Den Schulden Groß-Berlins stehen 5 Milliarden an Wert gegenüber. Das Vermögen der Stadt Berlin hat am 1. April 1920 gegenüber den Schulden mehr als 1 Milliarde ausgemacht. Die Hauptursache des deutschen Nationalen Abg. Koll war daher völlig unzutreffend. In dem Rufe: „Was von Berlin!“ sehen wir eine Erklärung der Gegenrevolution. (Lachen rechts.) So ist uns auch die Sabotierung der Beschlüsse der St. Diversenordnungsversammlung durch den Oberpräsidenten ersichtlich. Sie erklären sich in Ihren Anträgen gegen die Zentralisation, obwohl Sie in Preußen immer für weitgehende Zentralisation eingetreten sind. Ihnen geht es weder um Zentralisation noch Dezentralisation, sondern darum, wie Sie die sozialistische Mehrheit kürzen

können. Der Gesetzentwurf über Groß-Berlin ist unzulänglich und revisionsbedürftig. Er wurde von Ihnen, als Gegner der Einheitsgemeinde, bewußt so schlecht als möglich gestaltet. Sie machen sich darüber lustig, daß angeblich Stadträte mit und ohne Reich und Reich unterscheiden können. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Regierung trägt das ihre dazu bei, um dem Volke das sogenannte sozialistische Regiment so viel als möglich zu vereiteln. Sie spekulieren auf die Uneinigkeit der Arbeiterparteien, leider mit Recht. Aber vielleicht wird Ihr Vorgehen auch auf parlamentarischem Gebiet dazu beitragen, daß sich die Arbeiterparteien in großen Fragen einigen. Ueber die frühere Reichsregierung, in der Ihre Vertrauensmänner Kaumer, Scholz u. a. saßen, sagt Herr Heilmann, der hinter die Kulissen gekaut hat, in seiner sozialistischen Korrespondenz, daß die Regierung mit Ihren (nach rechts) Fackeln ein Gemisch von Unfähigkeit und Korruption gewesen ist. Ihre Regierung hat verhängnisvoll gearbeitet und uns an den Rand des Abgrundes gebracht. Das sind Ihre Minister! Mangelhafte Schulbildung, sagt gar nichts. Mommsen, den Sie doch als Autorität betrachteten, erklärte einst, daß man mit dem Gehirn von August Bebel 42 preussische Junken ausstatten könnte, und daß sie dann immer noch als ganz passable Leute gelten könnten. Vielleicht geht das Oberverwaltungsgericht daran, die Stadtverordnetenversammlung aufzulösen; dann werden wir frisch und fröhlich in den Wahlkampf ziehen, und die bemittelten und minderbemittelten Kreise in Stadt und Land überzeugen, daß ein sozialistisches Groß-Berlin

keine Dase sein kann,

inrätten eines großen kapitalistischen Meeres, sondern, daß dieses sozialistische Groß-Berlin höchstens die ärgsten Räte mildern könne. Sie hindern uns dauernd, wahre sozialistische Aufbauarbeit zu leisten. (Lebhafte Beifall b. d. U. Soj.)

Abg. Nuschke (Dem.): Die Anträge der Rechten wollen nicht gesetzgeberische Ruhesitze erzielen, sie entspringen einfach agitatorem Bedürfnis. Wenn ein mitten in der Durchführung begriffenes Gesetz von so weittragender Bedeutung geändert werden sollte, dann müßte jede ernsthafte Gesetzgebung aufhören. Die Ausführungen des Abg. Koch können höchstens den Kredit der eigenen Stadt erschüttern. Es geht aber auch nicht, daß die Unabhängigen bei relativer Mehrheit gegen den Etat stimmen und der Stadt die Basis entziehen. (Beifall b. d. Demokraten.)

Abg. Frau Ludwig (Komm.): In dem Gesetz über Groß-Berlin fehlt der Einheitsgedanke. Es ist ein Kompromiß. Das Proletariat muß unter allen Umständen zu seinem Recht kommen. Nur durch eine Einigkeit kann dieser Schritt erreicht werden, nicht etwa dadurch, daß ein Vertreter der Sozialdemokraten, wie der Abg. Hirsch, nach den bürgerlichen Parteien vorangeht.

Der Antrag Ludwigs (Dn.) wird einem Ausschuß überwiesen. Darauf wird der Antrag Dr. v. Campe (D. Sp.) auf Nachprüfung der Wirkungen des Ueberalterungsgesetzes angenommen. Das Material soll durch den Ausschuß für Beamtenangelegenheiten geprüft werden. Auch der Antrag Dr. v. Kries (Dn.) auf Aufbesserung der Bezüge von Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen der Beamten, die früher in den besetzten Gebieten amtiert haben, wird dem Ausschuß für Beamtenangelegenheiten überwiesen.

Es folgt die große Anfrage der Sozialdemokraten über die allgemeine Kündigung der Feuer- und Pachtverträge in Westfalen und im Regierungsbezirk Osnabrück.

Abg. Subert (Soj.): Es mehren sich die Klagen über die Kündigung von Feuer- und Pachtverträgen in Westfalen und im Regierungsbezirk Osnabrück. Ein neues Pachtgesetz ist dringend nötig. Was die Regierung bietet, ist Kaufschuß, mit dem kein Mensch etwas anfangen kann. Die kleinen Pächter brauchen dringend Schutz gegenüber den Großpächtern. Ein mir persönlich bekannter Pächter ist gekündigt worden, weil er sich bei den letzten Wahlen als Sozialdemokrat bekannt hat, und das Pachtvertragsamt in Osnabrück hat dieser Kündigung statt-

gegeben. (Hört! Hört! links.) Wir erwarten, daß sich die Preussische Regierung mit der Reichsregierung sofort in Verbindung setzt, und dafür sorgt, daß die brutalen Kündigungen rückgängig gemacht werden, denn sonst stehen im Oktober Hunderte von Existenzen vor dem Ruin.

Ministerialdirektor Articus: Die Regierung stellte durch eine Umfrage bei den Landräten fest, daß Massenkündigungen nicht in Frage kommen. Berezinske Kündigungen hatten den Zweck der Pachtsteigerung. In den nächsten Wochen finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Verlängerung der am 20. Mai ablaufenden Pachtverträge statt. Es wird möglich sein, die Angelegenheit der Heuerlingsverträge bis zum 1. Oktober klarzustellen.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Weiterberatung, Haushalts-, Kleine Vorlagen. Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages wurde am Dienstag ein Antrag Witt (D. Sp.) angenommen, die Bauausführung des geplanten Bismarck-Hafenbauplanes sofort in Angriff zu nehmen. Ein unabhängiger Antrag auf Instandsetzung der verschlissenen Hafenanlage in Friedrichsloog gab Anlaß zu einer längeren Aussprache, da der Antrag über die rechtliche Verpflichtung der Domänenverwaltung zur Ausführung der Arbeiten hinausgeht. Es wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, zu prüfen, wie die Hafenanlage unter Beteiligung der Interessenten schleunigst instandgesetzt werden kann.

Änderung des Invalidengesetzes

Im Sozialen Ausschuß des Reichstages wurde die Beratung des Gesetzentwurfes über Änderungen in der Invalidenversicherung fortgesetzt. Die Regierung wünschte, daß anstelle der bisherigen fünf Lohnklassen jetzt neun geschaffen werden sollen. Die höchste Klasse umfaßt die Lohnempfänger mit über 8000 M. Jahreslohn. Die Beiträge wollte die Regierung von 350 bis 1200 Pfg. festsetzen. Der Ausschuß ging in der Klassenabstufung weiter und setzte noch Klassen für Einnahmen bis 9000 M., 12 000 M., 15 000 M. und über 15 000 M. fest. Den Grundbetrag der Invalidenrente setzte die Regierungsvorlage einheitlich auf 360 M. für alle Klassen fest. Die Steigerungssätze der Renten wurden auf 10 bis 180 Pfg. festgesetzt. Auch die Steigerungssätze der Altersrenten wurden erhöht, und zwar auf 300 bis 2000 M. Unsere Parteigenossen hatten eine Reihe Anträge gestellt, die die Leistungen der Versicherung sofort erhöhen sollten, da die Leistungsverbesserungen im Regierungsentwurf erst nach Jahren wirken. Unsere Anträge forderten, daß Invalidität schon bei einer fünfzigprozentigen Erwerbsbeschränkung anerkannt und den Witwen auch Rente gewährt werden soll, wenn sie nicht invalide sind. Der Reichsausschuß, der vor 15 Jahren auf 50 M. für jede Rente festgesetzt war, sollte verzehnfacht werden. Weiter beantragten unsere Genossen, die bisherigen Rentenzuschläge von 840 M. auf 2400 M. jährlich festzusetzen. Die Regierung kürzte die Zulagen für künftige Renten auf 600 M. im Jahr. Die Waisenrentenzulage setzte die Regierung auf 300 M. fest. Unsere Genossen verlangten 600 Mark. Alle diese Anträge wurden meist im Handumdrehen gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt. Die Rechtssozialisten begründeten ihre Ablehnung mit Berufung auf den Herd. Genosse Karkke begründete die Anträge unserer Genossen. Besonders eingehend sprach er für Rentenerhöhungen, da das Elend der Rentner unermesslich sei. Es sei ungeheuerlich, die Beiträge so stark zu erhöhen, ohne die Leistungen entsprechend zu verbessern. Der Ausschuß ging an dem Elend der Rentner stumm vorüber. Nur zwei Anträge der U. S. P. wurden angenommen. Der § 1311 der Reichsversicherungsordnung wurde gestrichen. Unfallrentner können jetzt auch gleichzeitig Invalidenrente beziehen. Der zweite Antrag verlangte, daß die Krankheitswochen als Beitragswochen zweiter Klasse zu gelten haben. Die Regierung wollte den bisherigen Zustand verschlechtern und die erste Beitragsklasse festsetzen. Den Invalidenrentnern ist durch dieses Gesetz nicht geholfen. Sie werden auf spätere Zeit vertröstet. Unsere Genossen müssen im Plenum des Reichstags dagegen protestieren.

Aus der Partei

Vorwärts, trotz alledem!

Auf einer kürzlich in Frankfurt a. M. stattgefundenen Vorhände- und Vertrauensmännerkonferenz der U. S. P. des Bezirks Südwestdeutschland, wurde zur besseren Durchführung der Agitation und zum Ausbau der Partei in dem Bezirk die Erhöhung der monatlichen Mitgliederbeiträge von 2 auf 3 M. beschlossen. Diesem Beschluß sind bereits alle wichtigsten Städte und Kreise im Bezirk nachgekommen. Bisher haben die Städte Frankfurt, Mainz, Offenbach, Gießen, Wehlar und andere den erhöhten Mitgliederbeitrag eingeführt. Gegen die Durchführung desselben wurden von den Mitgliedern keine Einwendungen erhoben. Allgemein wurde diese Maßnahme als notwendig anerkannt. Die Partei nimmt im Agitationsbezirk Südwestdeutschland in letzter Zeit wieder einen merkwürdigen Aufschwung. Die Krise, die bei der Spaltung einsetzte, ist überwunden, und es geht wieder vorwärts. Die Anstellung von eigenen Parteisekretären in verschiedenen Kreisen ist bereits in Aussicht genommen. Auch ist die Einführung von Kopfbüchern in größeren Städten des Bezirks geplant. Für den Kreis Mainz sind die Vorarbeiten bereits in vollem Gange. Allen Sensationsmeldungen des „Vorwärts“ und der rechtssozialistischen Provinzpresse zum Trotz, die sich nicht genug zugeute tun können mit Nachrichten über das Absterben der U. S. P. in Südwestdeutschland, geht es vorwärts. Trotz alledem!

Warnung vor einer Schwindlerin

Eine Betrügerin brandschmiedet unsere Partei, indem sie angibt, eine nahe Verwandte der Genossin Agnes, Düsseldorf, zu sein, während der Bahnfahrt sei ihr das Geld und die Fahrkarte gestohlen worden, so daß sie augenblicklich mittellos dastehe. Da die Betrügerin die Verhältnisse der Genossin Agnes sehr gut kennt, hat sie Erfolg in Leipzig gehabt und 180 M. erschwindelt. Daselbe Mandat ist ihr in Düsseldorf und Elberfeld gegolten. Nachtragungen haben ergeben, daß die Person nur auf Betrügerei ausgeht. Wir warnen alle Genossen.

Sozialdemokratischer Parteitag in der Schweiz

Die Geschäftsführung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz beruft zum 3. und 4. September einen Parteitag nach Luzern ein. Auf der umfangreichen Tagesordnung steht unter anderem die Revision der Parteistatuten.

Jugendbewegung

Partei und Jugend

Durch den Beschluß der Reichskonferenz der Jugend in Gera hat sich die S. P. J. auf den Boden der U. S. P. gestellt, und tritt als Kämpfer somit in unsere Reihen. An der U. S. P. liegt es, den neuen Sproß unserer Bewegung zu unterstützen, und an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Die Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist es, für einen klassenbewußten Nachwuchs Sorge zu tragen. Der aufnahmefähigste Teil der Arbeiterklasse ist ihre Jugend. Für die Partei ist hier die beste Gelegenheit, dem Funktionärkörper frisches Blut und neues Leben einzuführen. Innerhalb der Jugend muß das Rüstzeug für den Sozialismus erworben werden. Die Partei hat hier eine schwere, aber gewinnbringende Arbeit zu leisten.

Heute sind die Dinge innerhalb der arbeitenden Jugend geradezu trostlos. Der größte Teil der Jugend wird von keiner Bewegung erfaßt, liegt sich selbst überlassen auf der Straße, der geistig regere Teil liegt in den Kinos, bürgerlichen Sport- oder sonstigen Klubbvereinen. Die beste Zeit geht dadurch unserer Bewegung verloren. Vor dem Kriege zählte die „Arbeiter-Jugend“ an Abonnenten über 100 000. Der Spaltplatz, welcher bei der Jugend am Anfang des Krieges einsetzte, hat hier viel mehr, als in der Organisation der Erwachsenen, zum Schaden gewirkt. Wir zählen heute 70 000 Arbeiter-Jugend, 20 000 Kommunistische Jugend, 10 000 S. P.-Jugend. Während der Revolution haben sich die Zahlen der Parteien und Gewerkschaften durch die revolutionäre Welle verdreht und vervierfacht. Die Jugend aber, der man mit Recht nachredet, sie sei viel mehr als die Erwachsenen revolutionär, hat nicht mal ihre alte Zahl zusammen erreicht. Hier muß die Partei einsehen, hier ist Neuland für die Partei, ein Gebiet, das beackert werden muß, wenn wir eine Ernte haben wollen.

Die Erfolge, welche die Arbeiterjugend vor dem Kriege hatte, trotz aller bürgerlichen Vereine und staatlichen Einrichtungen, waren der Selbständigkeit zu verdanken, um welche immer innerhalb der Bewegung ein starker Kampf tobte. Die Zahl, welche die kommunistische Jugend auf sich vereinigt, ist geradezu lägerlich. Trotz aller Spaltung oder gerade deswegen brachte es die genannte Bewegung nur auf 20 000. Auch hier gelingt es nicht, dauernd festen Fuß zu fassen. Es fehlt wohl nicht an nötigen Eifer und Sowjetstern, man trägt Flugblätter und klebt Zettel, drischt Phrasen und verliert Versammlungen zu stören, dieses ist aber auch alles. An die innere Kleinarbeit, die den wichtigsten Bestand für die Bewegung bildet, denkt niemand. Da man dauernd sich mit Tagesfragen beschäftigt und Revolution spielt, kommt man an den jüngsten Teil der Jugend nicht heran. Der größte Teil der tonangebenden Funktionäre ist nun schon 30 bis 32 Jahre und spielt immer noch den Jugendlichen.

Die Schulentlassenen bedürfen nach der Arbeit, der Erholung, der Unterhaltung, des Spiels mit Gleichgestimmten. Dieses muß für uns der Anknüpfungspunkt sein. Unser Hauptaugenmerk werden wir natürlich auf die Bildungsarbeit legen, aber auch nur soweit, wie es für die Jugend zuträglich ist. Zur Selbständigkeit wird der Jugendlichen erzoogen durch möglichst selbständige Arbeit innerhalb der Organisation. Frühere Funktionäre der Arbeiter-Jugend müssen sich der Jugend zur Verfügung stellen; diese wissen wohl heute noch am besten, wo der Jugend der Schuh drückt, sie müssen sich im Hintergrund als Berater der Jugend halten, sich durch selbstloses Mitarbeiten das Vertrauen der Jugend erwerben. Durch die Hilfe dieser Genossen werden sich viele Fehler beim Ausbau der Organisation vermeiden lassen und der Apparat wird schneller aktionsfähig werden.

Die Partei muß ihren Einfluß in der Werkstatt wie auch bei den Eltern zur Agitation geltend machen; die Elternbeiträge können bei der Schulentlassung mit den Jugendlichen Fühlung nehmen. Die Jugendweihen der U. S. P., welche sich bei der Arbeiterklasse eines guten Rufes erfreuen und immer regeren Zuspruch haben, müssen schon während des Unterrichts von unseren Genossen ausgehütet werden. Die Jugend muß bei dem Unterricht in Stadtkreisen zu Jugendzirkeln zusammengefaßt werden; hier muß schon die Vorarbeit geleistet werden für die Jugendorganisation, in welche die Jugend dann hinübergeleitet wird. Die praktische Erfahrung lehrt, daß fast immer in den Jugendlichen eine gewisse Versammlungsscheu steckt, selten kommt ein einzelner, der keinen Anhang hat, zu uns.

Der Einfluß der U. S. P. muß geltend gemacht werden; für den Winter müssen uns Räume zur Verfügung gestellt werden, damit wir die Jugend von der Straße bekommen. Die Arbeitersportvereine müssen im Interesse für die proletarische Bewegung von den Jugendabteilungen verlangen, daß sie sich einer Jugendorganisation anschließen, sonst besteht die Gefahr, daß die Jugend nur für den Sport aufgeht und die Bildungsarbeit vernachlässigt wird. Durch ein inniges und vollständiges Zusammenarbeiten der Erwachsenen mit den Jugendlichen wird sich dann herausstellen, daß es zum Besten für die Bewegung ist, wenn beide zusammengeschweift sind.

Paul Sonnemann.

Unsere Aufgaben

Die Bezirkskonferenz des Bezirks Berlin-Brandenburg der S. P. J. hat stattgefunden. Sie hat uns den Weg für unsere nächste Arbeit klar gewiesen. Wir können mit dem Erfolg unserer Tätigkeit seit der Klärung im Februar zufrieden sein. Die eifrige Propaganda aller Mitglieder und der rastlose Eifer aller Ortsgruppen hat es bewirkt, daß wir unsere Mitgliederzahl vervielfacht haben und überall den Grundstein legen konnten zu neuen Gruppen.

Doch nur ein Ansporn kann der Erfolg sein. Es gilt, das Erreichte zu sichern und an eine planmäßige Erziehungsarbeit unserer neuen Mitglieder zu gehen, um aus ihnen überhaupt



Sozialisten zu machen. Zwar lockt der Sommer hinaus ins Freie, auf den Sportplatz, und wer versteht wohl nicht das Streben der Jugend, abends nach dem langen Aufenthalt im heißen handigen Fabrikhall an die frische Luft zu eilen, aber wir müssen nicht nur jeden Regentag ausnützen, sondern auch jede freie Minute, ja das Spiel selbst benutzen, um Sozialisten zu erzeugen. Einige Worte in Verbindung mit der Praxis wirken oft besser als ein mehrtätiger Vortrag. Pflege der Kameradschaftlichkeit, Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls in den Gruppen, verbunden mit guter Ausflügung unserer Mitglieder über alle Fragen unserer Jugendorganisation, ist die notwendigste Arbeit.

Die Jugendweiche steht bevor. Tausende Proletariatskinder treten ins Leben hinaus und sie müssen unsere Reichen füllen. Niemand darf uns verloren gehen. Rühmt euch rechtzeitig darum, wo die Kurse zur Jugendweiche stattfinden, besucht diese und knüpft Bekanntschaften an, dann ist die Arbeit bald getan. Als Mitglied der Zentrale rufe ich euch zu: Wir haben die Geschäfte für Brandenburg übernommen. Rege Agitation, viel Material wird von uns verlangt. Wir erhalten nichts geschenkt. Also sorgt für pünktliche Abrechnung. Die neuen Marken sind fertig. Vom 1. Juli ab gelten nur die von Berlin ausgehenden, die alten sind zurückzuführen. Sorgt für Vertrieb von Zeitungen und Kampfschriften. Rechnet bald ab, heut und nicht nach einem Jahr wird das Geld gebraucht! Einige Worte an die Parteigenossen. Es ist möglich, daß in Berlin noch Gruppen und Distrikte sind, die nichts von einer Proletariatsjugend wissen? Wir glauben es auch nicht, doch ist es so. Sorgt ihr dafür, daß eure Kinder die Jugendweiche besuchen, es ist für euch, für die Zukunft, für den Sozialismus! Helft und unterstützt uns in der Agitation, besonders in den Außenbezirken und Vororten. Stellt euch selbst als Referenten zur Verfügung, sofern es euch möglich ist, um mit uns an die Heranbildung der jungen Kämpfer für den Sozialismus zu gehen. Die Adressen nebst Angabe der Themen bitten wir der Zentrale der Soj. Proletariatsjugend, Berlin, Breite Str. 8-9, einzusenden. Arthur Krämer.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nummer 25/26 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift "Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Die oberitalienische Gefahr von Rud. Breitscheid; Eine neue Seite der Schuldfrage von Karl Kautsky; Ueber unseren Kämpfer von Pierre Renaudel; Die Ursachen der Betriebsgrößen-Entwicklung in der Landwirtschaft von Wilhelm Gramach; Napoleon und die Arbeiter von R. Lufard; Das Verhältnis der arbeitenden Klasse zur Kunst von Charlotte Weigert; Aus der Internationale.

"Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitshied, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich M. 15,-, Einzelnummer M. 1,50, zu beziehen.

Die Sozialistische Genossenschaft

Halbmonatschrift. Erscheint in Gera-N. Redaktion: Bruno Zisch, Gera-N., Bielestraße 81. Verlag: Sozialistische Genossenschaft, Gera-N., Waldstraße 46. Bezugspreis 10 M. für das Vierteljahr. Inhalt der Nummer 3: Revolution und Genossenschaften. — Produktionsgenossenschaften und Sozialismus. Von G. Engelbert Graf. — Das deutsche ländliche Genossenschaftswesen. Von Karl Marchionni. — Gewerbetreuer und Konsumvereine. Von Wilhelm Lehmann. Gera. — Die Stimme eines Konsumenten. (Zum englischen Bergarbeiterstreik.) Von G. Shaw. — Die Grenzen der genossenschaftlichen Betätigung im Kleinwohnungsbau. Von Stadtsyndikus Dr. Julius Fleichmann, Nürnberg. — Berichte. — Auslandsübersicht. — Notizen.

Arbeitersport

Bäderweltkampf Hainland - Deutschland. Zum ersten Male seit Bestehen der Arbeitersportbewegung wollten hiesige Schwimmvereine in den Wäldern des Hainlandes. Sie zeigten durch ihre hervorragenden Leistungen, wie durch ein ernsthaftes und planmäßiges Training, daß auch Arbeitersportler den höchsten Leistungen fähig sind. In der ersten Schwimmprüfung in der Hainland-See am 1. Juli haben die hiesigen Schwimmvereine sehr erfolgreich teilgenommen. Die hiesigen Schwimmvereine sind durch ihre Leistungen, die durchweg ausgezeichnet waren, keineswegs nur dem hiesigen Publikum, sondern auch den deutschen Arbeitersportler werden aus diesem ersten Schwimmwettbewerb erheblichen Gewinn gezogen haben, der sich in der Verbesserung ihres Schwimmens sehr bald tun dürfte.

Wasserschwimmer auf der Spree. Am Sonntag, den 9. Juli, abends 6 Uhr, veranstaltete der Schwimmverein "Vorwärts" Berlin 1897 auf der Spree ein Schwimmfest. Ziel Abendbadende, ein 6000-Meter-Schwimmen. 15 Männer schwammen, wobei die lange Kette gehen. Vom Reichstagsgebäude bis zur Eisenbahnbrücke werden die Frauen 4000 Meter schwimmen. Außerdem schwammen die Jugendlichen und Knaben in 1000 bzw. 500-Meter-Strecken. Von den Jugendlichen wurden die Sprints sehr schnell abgelesen. Am 10. Juli findet zwischen den ersten Schwimmern ein Ziel eintrifft. Die Schwimmleistung findet im Wassertouristikhaus, Bielestraße, statt. Das Ufergelände an der Spree ermöglicht allen Schwimmern die beste Ueberbacht über die Schwimmfolge.

Die erste Schwimmprüfung in den Oberpreussischen Bädern. Am 16. und 17. Juli, trotz der neuen Hochwasserstände und der bedeutend gesteigerten Kosten für Quartier und Kochkosten, wird der Wäldersport recht vielen hiesigen Arbeitern in Oberpreussischen Bädern, auf billige Weise die Schwimm- und Schwimmleistungen des Arbeitersportlers zu zeigen. Die Fahrt beginnt am Sonntag, den 16. Juli, abends 6 Uhr, findet am 14. Juli ein Schwimmwettbewerb des Spree-Schwimmens statt. Teilnehmern sind die hiesigen Schwimmvereine als Schwimmvereine. Die Teilnehmer sind 15 (Hauptschwimmern): K. Jahnke, Schöneberg, Barbarastr. 45; H. Kausch, Berliner Str. 14; K. Jahnke, Neubrück, Berlin, 112. Die Schwimmprüfung des Arbeiter-Bäderverbandes "Solidarität", Ortsgruppe Reinickendorf, ist vor Kurzem auf der Fahrt von Reinickendorf nach Oranienburg ein Kartell mit 6 Kämpfern und 8 roten Schwämmen geangegangen. Der Fieber wird erntet, die für ihn wertvollen Sachen bei dem Verstorbenen Otto Schenk, Reinickendorf, Schönebergstr. 122, abzugeben. Freie Turnerhalle Schöneberg-Berlin. (Mittel, v. H. T. und Sp. B.) Sonntag, 9 Uhr nachm., Generalprobe zum Realturnfest in Schöneberg, Platanen-Sport-

platz. Fahrt ins Kolonial-Park. Alle Teilnehmer am Realturnfest am 14. Juli. — Mittwoch, 13. Juli, Turnratsung, Gedächtnis, 8 1/2 Uhr. Laun (Leinen). — Mittwoch, 13. Juli, Turnratsung, Gedächtnis, 8 1/2 Uhr. Laun (Leinen). — Mittwoch, 13. Juli, Turnratsung, Gedächtnis, 8 1/2 Uhr. Laun (Leinen). — Mittwoch, 13. Juli, Turnratsung, Gedächtnis, 8 1/2 Uhr. Laun (Leinen).

Parteiveranstaltungen

Heute, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, äußerst wichtige Sitzung der U. S. P. Stadtverordneten und Magistratsmitglieder der Stadtgemeinde Berlin im "Goldenen Löwen", Jüdenstraße 55. Keiner darf fehlen.

Samstag, 7. Juli

7. Distrikt (N. Verwaltungsbezirk Wedding). Zusammenkunft der kommunalen Kommission in dringender Angelegenheit abends 7 Uhr bei Carus, Voltstr. 17, Ueberraschendes Erscheinen notwendig.

Freitag, 8. Juli

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Barleben, Wilmersbacher Str. 2. Abteilung bei Erdmann, Schönhaider Str. 3. Verwaltungsbereich (Erdmann, Wilmersbacher, Wilmersbacher). Täglich 7 Uhr Distriktsfunktionärskonferenz im Konferenzsaal der Gemeindefunktionäre, Ringstr. 55. 9. Bezirk (Wilmersbacher, Schöneberger, Grunewald). 6 Uhr gemeinsame Sitzung mit dem Bezirksrat und der U. S. P. Distrikt wegen Auflösung der Reichshilfe usw. im Saal 5 des Rathauses, Kollwitzstr. 1-12. 10 Uhr Distriktsfunktionäre im Zimmer des Genossen Stadtrat Gluck.

Freitag, 8. Juli

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Barleben, Wilmersbacher Str. 2. Abteilung bei Erdmann, Schönhaider Str. 3. Verwaltungsbereich (Erdmann, Wilmersbacher, Wilmersbacher). Täglich 7 Uhr Distriktsfunktionärskonferenz im Konferenzsaal der Gemeindefunktionäre, Ringstr. 55. 9. Bezirk (Wilmersbacher, Schöneberger, Grunewald). 6 Uhr gemeinsame Sitzung mit dem Bezirksrat und der U. S. P. Distrikt wegen Auflösung der Reichshilfe usw. im Saal 5 des Rathauses, Kollwitzstr. 1-12. 10 Uhr Distriktsfunktionäre im Zimmer des Genossen Stadtrat Gluck.

Freitag, 8. Juli

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Barleben, Wilmersbacher Str. 2. Abteilung bei Erdmann, Schönhaider Str. 3. Verwaltungsbereich (Erdmann, Wilmersbacher, Wilmersbacher). Täglich 7 Uhr Distriktsfunktionärskonferenz im Konferenzsaal der Gemeindefunktionäre, Ringstr. 55.

Freitag, 8. Juli

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Barleben, Wilmersbacher Str. 2. Abteilung bei Erdmann, Schönhaider Str. 3. Verwaltungsbereich (Erdmann, Wilmersbacher, Wilmersbacher). Täglich 7 Uhr Distriktsfunktionärskonferenz im Konferenzsaal der Gemeindefunktionäre, Ringstr. 55.

Freitag, 8. Juli

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Barleben, Wilmersbacher Str. 2. Abteilung bei Erdmann, Schönhaider Str. 3. Verwaltungsbereich (Erdmann, Wilmersbacher, Wilmersbacher). Täglich 7 Uhr Distriktsfunktionärskonferenz im Konferenzsaal der Gemeindefunktionäre, Ringstr. 55.

Freitag, 8. Juli

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Barleben, Wilmersbacher Str. 2. Abteilung bei Erdmann, Schönhaider Str. 3. Verwaltungsbereich (Erdmann, Wilmersbacher, Wilmersbacher). Täglich 7 Uhr Distriktsfunktionärskonferenz im Konferenzsaal der Gemeindefunktionäre, Ringstr. 55.

Freitag, 8. Juli

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Barleben, Wilmersbacher Str. 2. Abteilung bei Erdmann, Schönhaider Str. 3. Verwaltungsbereich (Erdmann, Wilmersbacher, Wilmersbacher). Täglich 7 Uhr Distriktsfunktionärskonferenz im Konferenzsaal der Gemeindefunktionäre, Ringstr. 55.

HERMANN'S Lebensmittel

<p>Neue gr. Kartoffeln Pfund 1¹⁰</p> <p>Wirsingkohl Pfund 60 Pl.</p> <p>Weisskohl Pfund 50 Pl.</p> <p>Mohrrüben grosses Band 90 Pl.</p>	<p>Leipziger Strasse</p> <p>Fehlrippeu. Brust gefroren Pfund 7⁰⁰</p> <p>Schmorfleisch ohne Knochen, gefroren, Pfd. 10⁵⁰</p> <p>Schabeifisch gefroren, Pfd. 12⁰⁰</p> <p>Gehacktes gefroren Pfund 9⁰⁰</p>	<p>Alexanderplatz</p> <p>Roastbeef mit Knochen, Pfund.. 9⁰⁰</p> <p>Frisch. Kalbskamm Pfd. 9⁰⁰</p> <p>Frisch. Kalbskeulen Pfd. 10⁵⁰</p> <p>Hammelfleisch frisch, Pfund 12⁰⁰</p>	<p>Bratfett Pfund 9²⁵</p> <p>Harzer Käse Pfund 6⁴⁰</p> <p>Briekäse Pfund 7⁸⁰</p> <p>Tafelreis Pfund 2⁴⁰</p>
<p>Gebr. Kaffee täglich frisch, in eingetragener Rösterei geröstet, Pfund 18⁰⁰</p> <p>Corned beef Dose ca. 2 englische Pfund, ... 11⁰⁰</p> <p>Rotwurst Pfund 10⁵⁰</p> <p>Landleberwurst Pfund 11⁰⁰</p> <p>Sülzwurst Pfund 10⁰⁰</p> <p>Große Bauernmettwurst .. Pfund 16⁵⁰</p> <p>Ausgel. Rindertalg Pfund 6⁷⁵</p>	<p>Billige Weine Preise einschl. Flasche, ohne Steuer</p> <p>1918. Bockenheimer Rotwein gute, volle Qualität 1/2 Flasche 8⁵⁰ 10 Flaschen 80⁰⁰</p> <p>1918. Oberhardt. Maikamm. 1/2 Flasche 12⁵⁰ 10 Flaschen 120⁰⁰</p> <p>Alter Tarragona mit 1/2 Flasche 10⁵⁰ 1/2 Flasche 20⁰⁰</p>	<p>1917/18. Ingelheimer Rotwein 1/2 Flasche 12⁰⁰ 10 Flaschen 110⁰⁰</p> <p>1919. Neustadter Böhl Naturgewächs Kurat 1/2 Flasche 18⁵⁰ 10 Flaschen 175⁰⁰</p> <p>1917. Burgunder Beaujolais 1/2 Flasche 10⁵⁰ 1/2 Flasche 20⁰⁰</p>	<p>Gefr. Kaninchen ohne Kopf und Füsse, Pfund 3⁹⁰</p> <p>Kabliau mittelgross, Pfund 1²⁰</p> <p>Holländ. Pudding Paket 90 Pl.</p> <p>Schokoladenspeise Paket 2²⁵</p> <p>Kartoffelmehl Pfund 3²⁰</p> <p>Allerfeinste Tafelbutter zu billigst, Tagespreisen</p>

Fortsetzung des Saison-Ausverkaufs aber nur noch 3 Tage

Alles in den Schatten stellend
Leihhaus Brunnenstraße 5

sind unsere jetzigen Preise Einmaliges Angebot! Nur 8 Tage! **Herrn-Anzüge**, teils a. Seide, Wert bis 800 M., jetzt 390, 350, 300 M. Fern. Kreuzfische, Seaim Entoluv, 50%, herabgesetzt. Keine Lombardw.

Händler
Seife, Lichte, Schubcrem, Streichhölzer jetzt konkurrenzlos billig! Nur auf Qualitätsware
Diets, Kl. Frankfurter Str. 19

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umg., e. G. m. b. H.

NEUE HERINGE und NEUE KARTOFFELN



zu billigsten Tagespreisen in 150 Verteilungsstellen in Groß-Berlin

Soeben erschienen!
Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule
Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamfuz
(Zweite Auflage von „Die Poetie in Not“. Ein neuer Weg zur literarischen Genesung unseres Volkes)

Das Buch setzt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf eine Schule der Schöpfungsstube und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebensstätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer hervordringen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen und ist Eltern und Lehrern in ihrem Willen ein Führer

Preis nur 10.- Mark
Gebunden 15.- Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit“-Spezialabteilungen oder direkt von der **Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.** Berlin O 2, Abt. Buchhandlung, Breite Straße 8-9

Metalle
Kupfer 14., Messing 5., Zink 3,50, Zink 2,50 kauf! Saure
Badstrasse 34, Hof

Alt-Metalle
kauft jeden Vollen Oberberger Straße 1, Reinickendorfer Straße 107 (d. Hof im Keller).

Allmetall
über Tagespreis
Hakenstraße 92

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber, Platin-, Gold-, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnerstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48